

Offene Fragen der Geschichte Band 7

Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa,
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,
Demontagen und Reparationen,
Entnazifizierung und Umerziehung,
Unerwünschte Vertriebene,
Schwarzmarktzeit,
Marshall-Plan,
Währungsreform 1948,
Gründung der BRD und DDR,
Koreakrieg 1950-1953 ...

Band 7/030

Chronik vom 1. Juli 1951 bis zum 31. Dezember 1951

01.07.1951

BRD: Der deutsche Jurist Herbert von Bismarck (1884-1955, seit 1948 Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft) erklärt am 1. Juli 1951 während des ersten Bundeskongresses der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften -VOL- in der Frankfurter Paulskirche (x155/32-33): >>... Zunächst eine kurze Feststellung. Die VOL sind die Vertretungen vertriebener Deutscher sowohl aus geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten als auch - und das gilt besonders für den Südosten - für größere oder kleinere deutsche Sprachinseln, für Deutsche also aus Gebieten, die unter deutscher Staatshoheit standen und rechtlich auch heute noch stehen, als auch für solche, die einer Staatshoheit anderer Nationalität unterstanden. Gemeinsam ist uns allen, daß wir oder unsere Vorfahren meist vor vielen hundert Jahren im Osten als Vertreter und Träger der "abendländischen Kultur" aufgetreten sind. ...

Die politischen Grenzen im Osten Deutschlands haben in der Geschichte oft gewechselt. Sie waren vielfach weder stammlich noch sprachlich eindeutig begründet. Die Deutschen aus dem Südosten haben zum Teil jahrhundertealte Erfahrungen im Zusammenleben mit Angehörigen anderer Sprachen oder Nationalitäten.

Aus diesen Erfahrungen leiten wir eine besondere Verantwortung her, vor Deutschland, vor Europa und vor der ganzen Welt! ...<<

04.07.1951

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (27/1951) berichtet am 4. Juli 1951 über die internierten deutschen Kriegsverbrecher in Werl: >>**Der Makel bleibt**

Die Mehrzahl von 217 "Werl-Kriegsverbrechern" wünscht keine Gnade. Sie fordert ... die Wiederaufnahme ihrer Verfahren, die nach ihrer Überzeugung unter dem Aspekt der Rache durchgepaukt wurden. Das ist das Echo in Werl auf die in der vorigen Woche avisierte Gnaden-Pauschale des britischen Hochkommissars Sir Ivone Kirkpatrick.

Werl ist das Landsberg der britischen Zone. Ein Westfalen-Städtchen, über das kaum jemand spräche, wenn nicht Manstein und Kesselring in seinem Zuchthaus eingesperrt wären.

Aber Werl ist nicht nur das Werl der Manstein und Kesselring, ebensowenig wie Landsberg

das Landsberg der Pohl und Ohlendorf war. Neben der Kriegsverbrecher-Prominenz existiert die halb vergessene anonyme Masse der kleinen Befehlsempfänger, die seit Jahren für ihren Gehorsam büßen müssen.

Insgesamt sind acht ehemalige deutsche Heerführer in Werl eingebuchtet: die Generalfeldmarschälle von Manstein und Kesselring sowie die Generale von Falkenhorst, von Mackensen, Mältzer, Salenkamp, Wolf und Simon. Wenn ausländischer Besuch ins Zuchthaus kommt, wird er gleich in den Generalsflügel geführt.

Die Generale sind von dem übrigen Zuchthausbetrieb isoliert. Kesselring schreibt an seinen Erinnerungen. Mältzer hat eine alte Neigung zum Schlosserhandwerk ausgegraben und Manstein gärtnergert. Seine Neigung zum Gartenbau teilt er mit Mackensen und Falkenhorst. Ein Korrespondent des "Manchester Guardian" ertappte die beiden, wie sie gerade ihre in Reih und Glied ausgerichteten Tomatenstöcke inspizierten. "Der Garten ist mit soldatischem Ordnungssinn angelegt", vermerkte der Korrespondent.

Am begehrtesten unter der Werl-Generalität sind Kesselring und von Manstein. Der britische Militärschriftsteller Liddell Hart schreibt ihnen. Gelegentlich bekommen sie auch Auslandsbesuch, der ihre Meinung zur Lage und speziell zur deutschen Remilitarisierung kennenzulernen wünscht.

Der Block III dagegen hat nie solchen Besuch. Auf Block III liegen die kleinen, unbeachteten Schicksale von Werl. Der britische Werl-Kommandant Oberstleutnant Vickers hat sie mit gemeinen Zuchthäuslern zusammengesteckt. Sie kleben Tüten und flechten Strohmatten.

Im Block III liegen zum Beispiel die neun Trandum-Verurteilten. Es sind die ehemaligen Polizisten Bahlinger, Baldauf, Bölck, Engel, Möller, Penning, Peuker, Rönfeld und Schneider. Jeder hat 14 Jahre Gefängnis.

Mitten in der Nacht vom 19. auf den 20. Januar 1943 waren sie in ihrer Dienststelle in Oslo geweckt worden. "Los, auf, ihr müßt ein paar Leute erschießen!" Sie ziehen sich an und wetzen zum Hauptquartier des SD. Unter ihnen sind der Hausmeister der Dienststelle, der Registraturbeamte und der Photograph. "Es sind sechs Zivilisten", heißt es. "Durch Führerbefehl zum Tode verurteilt."

Das Erschießungskommando fährt in mehreren Lastwagen zum Gefängnis nach Grini. Dort werden die sechs Todeskandidaten aufgeladen. Es ist stockfinster. Bei Sonnenaufgang steht das Kommando im Wald von Trandum. Die Gräber sind schon ausgehoben. Ein Teil der Leute wird zur Absperrung des Platzes, ein anderer zum Erschießungs-Peleton eingeteilt.

Im Frühnebel stehen die sechs Opfer vor den Läufen, eng aneinander gefesselt. Sie tragen blaue Hosen und blaue Norweger-Pullover. Als sich der Pulverdampf verzogen hat, werden sie an Ort und Stelle bestattet.

Es waren aber gar keine Zivilisten, sondern Angehörige von zwei britischen Kommandotrupps. Fünf davon waren in einem Lastensegler von England nach Norwegen geschleppt worden mit dem Auftrag, das Schwerwasserwerk Rjukan zu zerstören. Das Flugzeug war beim Landen zerschellt, die fünf wurden gefangen.

Der sechste hatte zusammen mit einem anderen einen Anschlag auf das deutsche Schlachtschiff "Tirpitz" versucht. Nach dem Mißlingen des Anschlags war er auf der Flucht geschnappt worden.

Bei ihrer Gefangennahme trugen die fünf, die aus dem zerschellten Segler geborgen wurden, britische Uniformen. Sie hatten nur keine Zeit gehabt, die Uniformen auszuziehen, denn ihren Auftrag sollten sie in Zivil ausführen, weshalb sie unter ihren Uniformen vollständige Zivilanzüge trugen. Der sechste war in Zivil gefangengenommen worden. Das bei Nacht aus dem Schlaf geholte Erschießungskommando hatte nur Zivilisten gesehen.

Der im September 1946 gegen die Trandum-Leute tagende britische Kriegsverbrecher-Gerichtshof legte das Hauptgewicht auf den Umstand, daß das Todesurteil nicht vor der Exe-

kution auf dem Hinrichtungsplatz verlesen worden war. "Es war üblich", wandte ein als Zeuge auftretender ehemaliger SD-Führer ein, "das Urteil, soweit eines ergangen war, vorher in den Gefängniszellen zu verlesen." Trotzdem entschied das Gericht: Die Exekution war Mord an wehrlosen Gefangenen.

Der Fall Trandum ist der erste und bisher einzige Fall, in dem ein Hinrichtungskommando, soweit man seiner habhaft werden konnte, geschlossen verurteilt wurde. Dabei wurden auch die Leute verurteilt, die gar nicht geschossen, sondern nur abgesperrt hatten.

Die Trandum-Leute bemühen sich seit langem vergeblich um eine Wiederaufnahme ihrer Verfahren. Sie wollen von einem ordentlichen Gericht (möglicherweise auch einem deutschen) rehabilitiert werden, da sie doch in keiner Weise gegen die Kriegsgesetze verstoßen zu haben glauben. Mit einem Gnadenerlaß ist ihnen nur halb gedient, "denn der Makel, ein Mörder zu sein, bleibt".

Daß die britischen Kriegsverbrecher-Gerichte (war crimes courts) keine ordentlichen Gerichte waren, haben die deutschen Verteidiger der Werl-Häftlinge längst festgestellt. Sie waren gegründet worden auf Grund eines Royal Warrant, eines besonderen königlichen Erlasses.

- Sie waren von Offizieren, also von Laien besetzt. Nur bei den größeren Fällen trat ein Judge Advocate (juristischer Berater) zu dem Gericht.

- Die Gerichte konnten nach freiem Ermessen sogenannte "Hörensagen-Beweise" zulassen. Das heißt, daß Klatsch und Verleumdung Beweiskraft erlangten.

- Der deutsche Verteidiger hatte, nach angelsächsischer Art, vor dem britischen Prosecutor (Staatsanwalt) zu plädieren, wodurch dieser in der Lage war, jenem die wesentlichen Argumente aus der Hand zu schlagen.

- Keines der Gerichte gab eine Urteilsbegründung. Das bedeutete, daß jede Berufungsbegründung von vornherein vermauert war. Eine zweite oder dritte Rechtsinstanz zwecks Revision oder Wiederaufnahme des Verfahrens (retrial) gibt es ohnehin nicht. Bleibt nur die Petition of Review, ein Gesuch um Überprüfung der Strafhöhe, das im bürokratischen Verfahren erledigt wird.

Zu der jetzigen Gnadenaktion von Sir Ivone Kirkpatrick mußten sämtliche Werl-Verteidiger summarisch Gnadengesuche ihrer Mandanten einreichen. Eine Anzahl Häftlinge verweigerte ihre Zustimmung, da sie Recht und nicht Gnade wünscht.<<

09.07.1951

Großbritannien: Die britische Regierung beendet am 9. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

12.07.1951

DDR: Durch Verordnung vom 12. Juli 1951 wird für die Intelligenz der wissenschaftlichen, künstlerischen, pädagogischen und medizinischen Einrichtungen eine zusätzliche Altersversorgung eingeführt.

BRD: Bundeskanzler Adenauer erläutert am 12. Juli 1951 vor dem Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf für den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (x156/74-75): >>Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das Gesetz, das Ihnen zur Beratung und zur Beschlußfassung vorgelegt wird, ist sehr kurz; aber seine Bedeutung ist im Hinblick auf die ihm beigefügte Anlage außerordentlich groß.

Ich glaube, ich kann ohne zu übertreiben sagen, daß sich der Bundestag bisher noch mit keinem Gesetzentwurf hat beschäftigen können, der an Bedeutung diesen Gesetzentwurf übertrifft. ...

Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn dieser Anfang einmal gemacht worden ist, wenn hier 6 europäische Länder, wie ich nochmals betone: freiwillig und ohne Zwang einen Teil ihrer Souveränität

(Zuruf von der KPD: Wer lacht denn da?)

auf ein übergeordnetes Organ übertragen, man dann auch auf anderen Gebieten diesem Vorgang folgen wird und daß damit wirklich der Nationalismus, der Krebschaden Europas, einen tödlichen Stoß bekommen wird. ...

Sosehr ich auch die wirtschaftliche Bedeutung bejahe, sosehr ich es als gut empfinde, daß für Kohle, Eisen und Stahl in einem Gebiete, das von 167 Millionen Menschen bewohnt wird, ein freier Markt geschaffen wird, sosehr ich es begrüße, daß auf dem Gebiete, das die Montanunion in sich schließt, die Zollschranken fallen, sosehr ich der Auffassung bin, daß dadurch ein wirtschaftlicher Impuls allerersten Ranges und von größter Kraft ausgehen wird – über alles dies scheint mir die politische Bedeutung noch unendlich viel größer zu sein.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Als im Mai des Jahres 1950 Herr Schuman diesen Vorschlag machte,

(Zuruf von der KPD: Washington machte ihn!)

ging es ihm in erster Linie darum, die althergebrachten Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland dadurch aus der Welt zu schaffen, daß auf dem Gebiete der Grundstoffindustrie gemeinsam gearbeitet und daß dadurch jeder Gedanke, einer wolle gegen den andern rüsten, unmöglich würde.

Es handelt sich auch darum, psychologisch zu wirken. Wir müssen uns darüber klar sein, daß französische Bevölkerungskreise vielfach noch immer in dem Gedanken leben, daß Deutschland ein eventueller zukünftiger Gegner sein würde.

Die psychologische Bedeutung, die Frage der Beruhigung solcher Befürchtungen im eigenen Lande und die Erweckung des Gefühls der Zusammengehörigkeit zwischen Deutschland und Frankreich waren die politischen Gründe, die Herrn Schuman damals geleitet haben.

Aber wie bei wirklich konstruktiven Gedanken hat sich im Laufe der Entwicklung gezeigt, daß in diesem Vorschlag eine solch lebendige Kraft lag, daß man über den ursprünglichen Zweck jetzt schon weit hinausgekommen ist.

Man hat seit dem Mai 1950 erkannt, daß die Integration Europas für alle europäischen Länder eine absolute Notwendigkeit ist, wenn sie überhaupt am Leben bleiben wollen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Man hat weiter erkannt, daß man die Integration Europas nicht mit Reden, mit Erklärungen herbeiführen kann, sondern daß man sie nur herbeiführen kann

(Zuruf von der KPD: Durch Panzerdivisionen!)

durch gemeinsame Interessen und durch gemeinsames Handeln.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Darin liegt die ganz große Bedeutung dieses Vertrages. Dieser Vertrag nötigt die europäischen Länder, die ihm angehören, zusammen zu handeln.

Etwas Weiteres hat sich im Laufe der Verhandlungen ergeben. Ich glaube, daß wohl zum erstenmal in der Geschichte, sicher der Geschichte der letzten Jahrhunderte, Länder freiwillig und ohne Zwang auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten wollen,

(Zuruf von der KPD: An die Rüstungsherren!)

um die Souveränität einem supranationalen Gebilde zu übertragen.

(Zuruf von der KPD: Den Amerikanern unterstellt werden! – Zuruf in der Mitte: Ruhig! - Gegenruf von der KPD: Das gefällt Ihnen nicht!)

Das ist – ich betone das ausdrücklich -, wie mir scheint, ein Vorgang von welthistorischer Bedeutung, ein Vorgang, der das Ende des Nationalismus in all diesen Ländern bedeutet.

(Beifall bei den Regierungsparteien) ...<<

13.07.1951

Frankreich: Die französische Regierung Frankreich beendet am 13. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

28.07.1951

Jugoslawien: Das Bezirksgericht in Sombor verwirft am 28. Juli 1951 den Antrag des Bezirksanwalts auf Konfiskation (Einziehung) des unbeweglichen Vermögens eines Volksdeutschen aus Apatin mit der Begründung (x006/630): >>... daß gemäß Art. 31 und Art. 32 des Gesetzes über die Konfiskation und ihre Durchführung die einstigen Konfiskationen beendet und keine neuen Konfiskationen durchgeführt werden und daß im konkreten Fall eine Konfiskation unstatthaft war, da es sich um Personen deutscher Volkszugehörigkeit handle, die auf dem Gebiet der FNRJ leben.

Auf Grund dieser Entscheidung haben zu dieser Zeit in Apatin viele auch vormals interniert gewesene Deutsche, deren Häuser noch nicht eingezogen und an Kolonisten übergeben waren, ihr Eigentum wieder zurückerhalten.<<

Juli 1951

UdSSR: Die Sowjetunion schlägt Waffenstillstandsverhandlungen für Korea vor, die zwar im Juli 1951 beginnen, aber erst 1953 erfolgreich sein werden.

16.08.1951

DDR: Der Ministerrat errichtet am 16. August 1951 das "Amt für Literatur und Verlagswesen".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Verlagswesen" in der SBZ (x009/453,456-457): >>Wie jeder andere Wirtschaftszweig unterliegt auch das Verlagswesen der zentralen Wirtschaftsplanung. ...

Angeleitet und kontrolliert wird das Verlagswesen von der Abteilung "Literatur und Buchwesen" im Ministerium für Kultur, die für die Buchproduktion im allgemeinen und für die "sozialistische Gestaltung" der Verlagsprogramme im besonderen verantwortlich ist. Die graphische Industrie untersteht sei 1958 dagegen der Staatlichen Plankommission; Zensur und Papierzuteilung sind also der Kompetenz nach getrennt.

Die Abteilung "Literatur und Buchwesen" leitet die Verlage an, indem sie ihre allgemeine Planung, ihre Jahresthemen- und "thematischen Perspektivpläne" prüft. ...

Die Begutachtung der Verlagsprogramme zielt u.a. auf deren klare Abgrenzung durch Zuweisung thematischer Zuständigkeiten ab; auch werden "Schwerpunkttitel" festgelegt, deren Produktion unter Hintanstellung aller sonstigen Vorhaben besonders zu fördern ist.

Die Abteilung "Literatur und Buchwesen" prüft jedoch auch einzelne Manuskripte; um das System der Steuerung zu vervollständigen, werden Autorenverpflichtungen im Sinne des Vertragsgesetzes angestrebt. Die schöngeistigen Verlage werden angehalten, die "Bewegung der schreibenden Arbeiter" zu unterstützen. ...

Die Buchproduktion der Verlage in der SBZ wuchs bis 1958 von Jahr zu Jahr an (1951: 2.142, ... 1958: 6.205 Titel) und holte auch in der technischen Qualität auf, befriedigt aber auch heute noch weder die Leserwünsche noch die dirigierenden Stellen von Partei und Staat.

Westliche Literatur in Lizenzausgaben und Übersetzungen wird nur in engen Grenzen zugelassen; Unterhaltungsliteratur jeden Niveaus ohne politischen Einschlag ist daher meist schnell vergriffen.

Titel, die dem sozialistischen Aufbau und der Erfüllung der Wirtschaftspläne dienen, genießen in der Produktion ohne Rücksicht auf Leserwünsche den Vorzug. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Literatur" in der SBZ (x009/263-265): >>Als wichtiges Instrument der Bewußtseinsbildung, der Agitation und Propaganda ist die gesamte Literatur der SBZ den Direktiven, Apparaturen und Mechanismen der Kulturpolitik unterworfen. ...

Zur Lenkung und Kontrolle der Literatur bedient sich die SED mannigfacher Methoden, die Autor, Verlag, Manuskript, Verbreitung und Publikum betreffen.

Die Schriftsteller sind im Deutschen Schriftstellerverband organisiert. Die Mitgliedschaft ist

kein Zwang, aber praktisch unumgänglich zur Wahrnehmung der beruflichen Möglichkeiten und sozialen Rechte.

Das Verlagswesen wird politisch, wirtschaftlich und personell von Staat und Partei kontrolliert. Die Abteilung "Literatur und Buchwesen" des Ministeriums für Kultur beaufsichtigt die Verlagsplanungen und erteilt Druckgenehmigungen. ... Alle öffentlichen Bibliotheken sind dem Ministerium für Kultur unterstellt ... In den privaten Leihbüchereien veranstaltet die Deutsche Volkspolizei in unregelmäßigen Abständen Razzien. ... Schließlich werden die gesamte Literatur und der mit ihr verbundene Apparat von den Parteiorganen kontrolliert, d.h. in diesem Falle von der Kulturkommission beim Politbüro und der Abteilung Kunst, Literatur und Kulturelle Massenarbeit des ZK der SED. ...

Dieses komplizierte und vielschichtige System der Zensur funktioniert so gut, daß nur in Ausnahmefällen bereits publizierte Bücher eingestampft zu werden brauchen.

Die Verwandlung der Literatur in ein Instrument der Staats- und Parteipolitik hat eine wichtige, propagandistisch gern hervorgekehrte Sonnenseite, die großzügige Förderung genehmer Bücher und willfähriger Autoren. ...

Die Literatur der SBZ konnte internationales Ansehen gewinnen, weil sich nach 1945 eine Reihe bedeutender deutscher Schriftsteller - ehemalige Emigranten oder "Innere Emigranten" - in Mitteldeutschland niederließen und mit dem kommunistischen Regime solidarisierten ... Keiner von ihnen hat nach der Niederlassung in der SBZ noch ein Werk geschaffen, das seinen früheren ebenbürtig gewesen wäre. Einige wie Brecht und Hermelin verstummten ganz, andere wie Becher und Seghers fielen auf das Niveau primitiver Agitationsliteratur, wieder andere wie Zweig und Renn zogen sich auf historische und exotische Themen zurück. ...

In der Stalin-Zeit konnte sich kein Talent entfalten. Die Literatur hatte lediglich SED-Beschlüsse zu illustrieren. ...

Das literarische Leben in der SBZ ist dem politischen Druck gemäß außerordentlich einförmig. Es gibt keine unpolitische Literatur, also auch keine Unterhaltungs-, Abenteuer- und Kriminalromane ohne Tendenz. ...

Zahlreiche Schriftsteller haben sich der Reglementierung durch Republikflucht oder Übersiedlung nach dem Westen entzogen ...<<

01.09.1951

DDR: Westdeutsche und West-Berliner Kraftfahrer müssen ab 1. September 1951 für die Benutzung der Autobahn Helmstedt – Berlin Autobahnbenutzungsgebühren an die DDR-Behörden zahlen.

05.09.1951

DDR: Das SED-Justizministerium untersagt ab 5. September 1951 die Bezeichnung "politische Häftlinge".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die politischen "Häftlinge" in der SBZ (x009/170): >>Die Zahl aller aus politischen Gründen inhaftiert gewordenen und noch inhaftierten Bewohner der SBZ ist nicht bekannt. Neben den in die Konzentrationslager verschleppten und zum großen Teil verstorbenen Menschen werden als politische Häftlinge diejenigen bezeichnet, die ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen durch ein sowjetisches Militärtribunal oder ein Gericht der SBZ wegen Boykotttätze, Friedensgefährdung oder eines anderen Staatsverbrechens verurteilt worden sind. Auch die in den Kriegsverbrecherprozessen verurteilten Angeklagten fallen in diese Kategorie.

Die größten Strafanstalten, in denen sich in der SBZ politische Häftlinge befinden, sind die in Bautzen, Berlin-Rummelsburg, Brandenburg, Bützow-Dreibergen, Cottbus, Halle, Luckau, Magdeburg, Sudenburg, Hoheneck bei Stollberg, Torgau, Untermaßfeld, Waldheim und Zwickau.

Obwohl bis zum Sommer 1955 allein in den Strafanstalten über 20.000 politische Häftlinge

im Widerspruch zu den Grundrechtsgarantien der Verfassung eingesperrt waren und schwere und schwerste Zuchthausstrafen verbüßen sollten, gab es nach offizieller Version keine politischen Häftlinge in der SBZ.

"Heute wird niemand seiner Gesinnung wegen inhaftiert. Wer unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung angreift, wer den Aufbau unserer Friedenswirtschaft stört, begeht eine strafbare Handlung und wird seiner verbrecherischen Taten wegen bestraft. Die Strafgefangenen dieser Art sind deshalb auch keine politischen Gefangenen, sondern kriminelle Verbrecher. Die Bezeichnung dieser Strafgefangenen als politische Häftlinge wird daher hiermit untersagt" (... Justizministerium der SBZ vom 5.9.1951).

Die Zahl der politischen Häftlinge verringerte sich infolge von einigen seit 1954 durchgeführten Entlassungs- und Begnadigungsaktionen. ...<<

08.09.1951

USA: Die Alliierten schließen am 8. September 1951 in San Francisco einen Friedensvertrag mit Japan.

09.09.1951

BRD: Walter Közle (VdH-Referent für Landsberg, Wittlich und Werl) berichtet über das 1. deutsche Heimkehrertreffen am 9. September 1951 im Bonner Bundeshaus: >>... Schafft endlich und zwar ehrlich Europa! forderte der 1. Vorsitzende des VdH in seiner programmatischen Rede während des Festaktes des 1. deutschen Heimkehrertreffens am 9. September 1951 im Bonner Bundeshaus.

Er gab damit dem Gefühl all derer Ausdruck, die das harte Los der Kriegsgefangenschaft am eigenen Leib verspürt haben. ...

Es wird niemand geben, der tatsächlich begangene Verbrechen decken oder beschönigen will. Es wird auch niemand geben, der etwas dagegen einzuwenden hat, daß tatsächlich begangene Verbrechen bestraft werden. Kein rechtlich denkender Mensch hat aber andererseits ein Verständnis dafür, daß man nach der Kapitulation wahllos Schuldige und wirklich Unschuldige in den Schmelztiegel eines kollektiven Verbrechertums stieß.

Ebensowenig wird er ein Verständnis dafür aufbringen, daß man nur auf deutscher Seite "Kriegsverbrecher" entdeckte, daß man in den Verfahren gegen deutsche Männer und Frauen Rechtsnormen, die in der modernen Rechtswelt bisher unwidersprochen, international anerkannt und in fast allen Strafgesetzbüchern und zahlreichen Strafverfassungen fest verankert sind, und die man auch in die Charta der Menschenrechte aufnahm, beiseite schob, unbeachtet ließ oder sie außerordentlich umstritten, ja willkürlich auslegte.

... Hätten die heute inhaftierten angeblichen "Kriegsverbrecher" tatsächlich Verbrechen begangen, wären sie nicht mehr am Leben, sondern längst exekutiert. Sollten sie sich aber vielleicht in Einzelfällen begangener Vergehen schuldig gemacht haben, dann stehen ihre Strafen in keinem Verhältnis zu diesen (so liegt z.B. das Strafmaß der zur Zeit in Werl inhaftierten angeblichen "Kriegsverbrecher" nur zu einem schwachen Drittel unter 15 Jahren Gefängnis!): Wie soll ein ehemaliger deutscher Major, der Ortskommandant war und nur deswegen zu 8 Jahren verurteilt wurde, weil in dem Bezirk seiner Kommandantur – also nicht an dem Ort selbst - ein kriegsgefangener englischer Major von deutschen Soldaten geohrfeigt worden sein soll, ein Schuldbewußtsein aufbringen?

Bedeutende Persönlichkeiten gerade in den Gewahrsamsländern haben sich in sehr kritischer, ja eindeutiger Weise über die gefällten Urteile ausgesprochen und sich für eine gerechte Lösung des Kriegsverbrecherproblems eingesetzt. Selbst im Laufe einer Debatte im Rechtsausschuß der Generalversammlung der UNO wurde besonders beachtet, "daß Deutsche auf der Grundlage von Prinzipien verurteilt und hingerichtet worden seien, deren Rechtsgültigkeit jetzt bestritten werden" (New York Times).

Warum sprach man z.B. einen Col. Stevens von der Anklage brutalster Gefangenenmißhand-

lung in Bad Nenndorf frei mit der Begründung, daß er von diesen Mißhandlungen nichts gewußt habe (während er erwiesenermaßen selbst aktiv daran teilnahm), und verurteilte dagegen einen deutschen Professor, der weder Gefangene getötet oder mißhandelt hat noch töten oder mißhandeln ließ, ursprünglich zum Tode?

Warum sprach man die Untergebenen des vorgenannten Col. Stevens, die an gefangenen Deutschen sadistische Grausamkeiten verübten, frei mit der Begründung, daß sie nur auf Befehl gehandelt hätten, und verurteilten dagegen deutsche Soldaten – ganz gleich, ob sie der Wehrmacht oder der SS angehörten – trotz desselben Einwandes zu langjährigen Freiheitsstrafen, ja zum Tode? ...

Gleiches Recht für alle? Geeintes Europa?

Mir scheint, wir sind noch meilenweit von diesem ersehnten Ziel entfernt, solange man noch immer mit zweierlei Maß mißt, sofern es sich um Deutsche handelt, und solange Deutsche in den Gefängnissen der westlichen Gewahrsamsmächte vergebens auf Recht, Gerechtigkeit und vor allem auf ihre Freiheit warten! ...<<

18.09.1951

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisiert am 18. September 1951 in einer Rundfunkansprache die Politik des deutschen Bundeskanzlers und der Westalliierten (x156/108-110): >>Das Washingtoner Abkommen der 3 westlichen Außenminister bedeutet eine Einigung der 3 Westmächte unter sich in ihrer Deutschland-Politik auf der französischen Linie.

Es ist keine Einigung zwischen den westlichen Außenministern und dem deutschen Volk. Diese Ergebnis von Washington war nur auf der Grundlage möglich, daß der Bundeskanzler den Inhalt des Abkommens vorher zwar nicht mit deutschen Stellen oder Personen, wohl aber mit den 3 Hohen Kommissaren vereinbart hatte. ...

Ein starkes Europa ist nicht möglich durch deutsche Selbstverleugnung, die nur die Selbstüberhebung anderer hervorruft. Schuman-Plan und Pleven-Plan haben beide zum Ziele, Wirtschaftskraft und militärisches Menschenpotential der Deutschen unter alliierte, das heißt konkret französische Verfügungsgewalt zu stellen und Europäer zweiter Klasse aus uns zu machen.

Es geht hier nicht um die Frage eines taktischen Schritt für Schritt, durch kleine Erfolge vorwärtszukommen. Es geht um große Probleme, die für lange Zeit durch einmalige Handlungen geregelt werden. Der Zug der deutschen Politik wird jetzt auf ein Geleise gesetzt. Fährt er erst einmal, sind die Weichen gestellt und hat man sich nicht genügend Mühe um den Unterbau gegeben, dann sind einmal begangene Fehler nicht mehr zu korrigieren. Viel besser hat das Goethe gesagt:

"Wer das erste Knopfloch verfehlt, kommt mit dem zuknöpfen nicht mehr zurecht."

Sowjetrußland hat ganz kühl auf den Zeitpunkt gewartet, zu dem falsch zugeknöpft wird. Seit Beginn dieses Jahres ist eine Umgruppierung der ganzen kommunistischen Strategie und Taktik sichtbar.

Die neueste und radikalste Variante in dieser Taktik ist der sogenannte Volkskammerappell oder Grotewohl-Brief vom 15. September 1951. In diesem Brief wird alles angeboten, was vorher verbrannt, verhöhnt und verflucht wurde. Keine Rede ist mehr von dem sofortigen Abzug der Besatzungsmächte. ... Das Kernstück ist jetzt der Vorschlag freier Wahlen zu einer Nationalversammlung unter gleichen Bedingungen für alle demokratischen Parteien und Organisationen.

Die Aufgaben dieser Nationalversammlung sollen sein die Schaffung einer Verfassung und der Abschluß eines Friedensvertrages. Das Ziel eines solchen Friedensvertrages ist die Schaffung Sowjetdeutschlands, die dominierende Rolle der Sowjets bei der internationalen Kontrolle der Ruhr und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sogenannte Friedensgrenze.

Mit diesen Angeboten schafft die sowjetische Taktik eine neue Situation, die neue Antworten verlangt. Immer lauter dringt der Ruf der gequälten und geknechteten Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone zu uns: was tut ihr für die deutsche Einheit und damit für uns? ...

Eine Nationalversammlung, deren einzige Aufgabe neben dem Friedensvertrag nur die Schaffung einer Verfassung ist, bedeutet Verewigung aller Gefahrenmomente, für die einzelnen Menschen, für die politischen Parteien und für das Schicksal der deutschen Einheit.

Eine Nationalversammlung dieser Art löst kein Problem. Das Parlament darf nicht nur die Verfassung schaffen. Es muß gesetzgebend sein und in alle Bereiche der Gesetzgebung gestaltend eingreifen können. Vor allem aber muß es eine starke Regierung mit machtvoller Exekutive schaffen. Es muß aber auch regierungsbildend, die Politik der Regierung bestimmend und die Regierung kontrollierend sein.

Die Fülle der Voraussetzungen ist groß. Man denke an die politischen Gefangenen, an die Insassen der Konzentrationslager und der Strafanstalten, an die Opfer der Terrorjustiz und der Terrorpolizei. Ohne ihre Freiheit wird es nie eine Freiheit in Deutschland geben. Man schleiche sich drüben auch nicht vorbei an den Ergebnissen der von der sowjetischen Militäradministration erzwungenen sogenannten Vereinigung von KPD und SPD in der sogenannten SED.

...

Das sagen wir deutschen Sozialdemokraten, die stärksten Gegner des kommunistischen Systems und die leidenschaftlichsten Freunde der deutschen Einheit.<<

27.09.1951

DDR: Die SED erläßt am 27. September 1951 eine "Verordnung über Maßnahmen zur Vereinfachung der Justiz".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Verordnung (x009/416): >>... Durch die "Verordnung über Maßnahmen zur Vereinfachung der Justiz" vom 27.9.1951 wurde die Staatsanwaltschaft unter der Leitung des Generalstaatsanwaltes der DDR "ein in seiner Organisation und Tätigkeit selbständiges Organ der Justiz" (§ 1).<<

September 1951

China: Ein französischer Beamter berichtet über die Durchführung eines kommunistischen "Volksgerichtes" gegen ehemalige chinesische Großgrundbesitzer in Shanghai im September 1951 (x297/207): >>>Die Gefangene hatten wie Hunde Stricke um den Hals. Man schleppte sie auf Lastwagen zum großen Stadion in Shanghai, wo früher die Hunderennen waren.

Niemand konnte sich den Eindrücken der Massengerichte entziehen. Der Rundfunk übertrug das Verfahren vom Morgen bis in die Nacht. Aus mächtigen Lautsprechern brüllte aus jeder Straßenecke das Jauchzen der Massen und das Jammern der Opfer, von denen manche zu Tode gesteinigt oder geprügelt wurden.

Die Rufe: "Tötet! Tötet!" erdröhnten den ganzen Tag hindurch. ...<<

06.10.1951

Berlin: Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876-1967) erklärt am 6. Oktober 1951 während einer Kundgebung am Berliner Funkturm (x020/87): >>... Lassen Sie mich mit letzter Klarheit sagen: das Land jenseits der Oder-Neiße gehört für uns zu Deutschland. ...<<

17.10.1951

BRD: Der Deutsche Bundestag protestiert am 17. Oktober 1951 gegen die Deportation von ca. 40.000 Banater Schwaben, die man "unter Bedingungen, die den Gesetzen der Menschlichkeit und der Menschenwürde Hohn sprechen", gewaltsam in die ostrumänische Baragan-Steppe verschleppt hatte (x025/68).

19.10.1951

USA: Die nordamerikanische Regierung beendet am 19. Oktober 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

24.10.1951

USA: US-Präsident Truman erläutert am 24. Oktober 1951 die damalige Deutschlandpolitik (x028/164): >>Es war und ist noch immer Politik der Vereinigten Staaten, den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Regierung eines vereinten und freien Deutschlands zu erreichen, doch die Bemühungen sind bisher vereitelt und im Augenblick unmöglich gemacht worden durch die Politik der sowjetischen Regierung ...

Es ist trotzdem für wünschenswert gehalten worden, den bestehenden Zustand des Krieges mit Deutschland zu beenden und Deutschland aus seinem gegenwärtigen Feind-Status zu befreien, womit gewisse Beeinträchtigungen für deutsche Staatsangehörige aus dem Wege geräumt werden.<<

09.11.1951

BRD: Ein ehemaliger deutscher Häftling schreibt nach seiner Rückkehr am 9. November 1951 einen Brief an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Wenn man fern der Heimat zu leben gezwungen ist, kann sich die Sehnsucht nach ihr zu Höhen steigern, welche eben nur der in ihrer ganzen Schwere nachempfinden kann, der ein gleiches Schicksal schon durchlitten hat.

Die Zerrissenheit Deutschlands, das Leid der vielen Millionen, die Sorge um seine Zukunft, das alles bedrückte uns. Die Ungewißheit des eigenen Schicksals, die Sorge um unsere Lieben daheim rissen uns beständig an den Nerven.

In diesen Stunden tiefer Depression wurde uns die Gewißheit zum Halt, in der Welt Freunde zu besitzen, die unserer nicht nur nicht vergaßen, sondern sich zu uns bekannten. Ich durfte erleben, daß sich in Deutschland und im Ausland deutsche Menschen zusammenfanden, um nicht nur uns das Los zu erleichtern, sondern auch unseren Familien zu helfen.

Sie haben uns mit den regelmäßigen Paketen mehr gegeben, als sich jemals mit Worten ausdrücken ließe. Für uns, die wir in der bedrückenden Enge des Zuchthauses lebten, ging doch eine Sonne auf, wenn wir an den Ausgabetisch gerufen wurden. Nicht nur die Herrlichkeiten des Paketinhalts erschütterten uns, es war die Heimat, welche doch zu uns gefunden hatte. ...<<

10.11.1951

Ostdeutschland: Eine deutsche Internierte schreibt am 10. November 1951 aus Grudziadz (Graudenz) an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Als ich ihr Päckchen erhielt, weinte ich. Aber es waren Tränen der Freude.

Meine Dankbarkeit, daß sich doch noch ein guter Engel gefunden hat, der mich Waise, die auf der ganzen Welt niemanden mehr besitzt, getröstet hat, ist grenzenlos.

Ich schreibe diesen Brief und kann die Tränen nicht halten. Sie rinnen an meinen eingefallenen Wangen herab. Es ist mir, als ob ich an meine Lieben schreiben würde und nicht an Fremde, und mein Herz wird leichter.

Vielleicht habe ich aber doch noch das Glück, irgendeinen Angehörigen zu finden. Denn wenn man überhaupt niemanden mehr hat, ist es sehr schwer, zu leben. Doch ich bin jetzt nicht mehr verlassen. Sie denken an mich und ich werde geduldig warten, bis sie wieder schreiben.

Und Gott der Allmächtige, Sohn und Vater, ist mit mir und wird es nicht zulassen, daß ich hier zuschanden gehe. Mein Glaube ist in mir, und er wird mich halten in den Stunden der Verzweiflung. ...<<

13.11.1951

Niederlande: Ein deutscher Gefangener schreibt am 13. November 1951 aus Den Haag an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Als einer der letzten 6 zum Tode verurteilten Gefangenen im niederländischen Gewahrsam ist mein Schicksal auch heute noch ungewiß. Die Entscheidung über die Vollstreckung oder Umwandlung der Strafe

ist noch nicht getroffen. ...

Im siebenten Jahre Zuchthauszelle und Einzelhaft in der Ungewißheit letzten Geschickes ist die Sehnsucht groß nach Heimat und Familie und größer noch nach menschlichem Recht, das wandelbar wie das Glück geworden ist. ... So bleibt als Schwerstes die Sorge um die Angehörigen, deren Not man nicht zu lindern vermag.<<

18.11.1951

BRD: In Hannover gründen 4 Landsmannschaften und der "Zentralverband der vertriebenen Deutschen" am 18. November 1951 den "Bund vertriebener Deutscher".

27.11.1951

DDR: Das Politbüro der SED ruft am 27. November 1951 alle Parteimitglieder auf, die Arbeitsproduktivität zu steigern.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitsproduktivität" in der SBZ (x009/33): >>Die Arbeitsproduktivität (Marx verwandte den Ausdruck "Produktivität der Arbeit") ist "der Wirkungsgrad zweckmäßiger produktiver Tätigkeit im gegebenen Zeitraum" ...

Da nach marxistischer Vorstellung nur die Arbeit Werte schaffen kann, gilt die Arbeitsproduktivität als einzig möglicher Produktionsfaktor. Deshalb ist das wichtigste Ziel der Arbeitspolitik, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, da nur so die Werte geschaffen werden könnten, die für eine Erweiterung der Wirtschaftskapazität notwendig seien.

Die Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität sind vor allem die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, die ständige Erhöhung der Arbeitsnormen, die Differenzierung der Löhne und die Qualifizierung der Arbeitskräfte.

Praktisch führt das ständige Streben nach Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu einer dauernden Ausbeutung der Arbeiterschaft.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ausbeutung" in der SBZ (x009/44): >>Als "Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" gilt in der marxistischen Theorie das Mißverhältnis von Arbeitslohn und Arbeitsleistung, die zu geringe Entlohnung des Proletariats durch den Kapitalisten, der sich den "Mehrwert" ausbeuterisch aneignet; Ausbeutung wird von Marx allein auf das "Privateigentum an den Produktionsmitteln" zurückgeführt.

Die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die das Proletariat automatisch von der Ausbeutung befreien und eine gerechte Entlohnung ermöglichen soll, ist eine der Kernforderungen des Marxismus und in der Sowjetunion seit 1917 theoretisch verwirklicht.

Dabei hat sich ergeben, daß der Staat als einziger Kapitalist oder Unternehmer ein neues System der Ausbeutung durch den sozialistischen Wettbewerb und weitere Zwangsmaßnahmen entwickelt hat.

An Stelle der Einzelunternehmen verfügen im Bolschewismus die vom Staat eingesetzten Funktionäre über Machtvollkommenheiten, die kein Privatunternehmer in einem hochindustriellen Land besitzt. Ihnen obliegt es, die Erfüllung bzw. Übererfüllung der staatlich festgesetzten Leistungsnormen bei jedem Arbeitnehmer zu erzwingen, möglichst (um einen) sogenannten Planvorsprung zu erzielen und damit ein neues System der Ausbeutung des Menschen durch den Staat zu verwirklichen.<<

November 1951

CSR: Der tschechische Gewerkschaftsverlag "Práce" gibt ab November 1951 die deutschsprachige, zweimal wöchentlich erscheinende, Zeitung "Aufbau und Frieden" heraus (x004/134).

04.12.1951

BRD: Der Bundestag beschließt am 4. Dezember 1951 ein Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit.

Danach ist Jugendlichen unter 16 Jahren z.B. der Zutritt zu öffentlichen Tanzveranstaltungen, Spielhallen etc. nicht gestattet.

06.12.1951

DDR: Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" kritisiert am 6. Dezember 1951 die Arbeit der Gewerkschaften in der DDR (x128/240): >>Die Hauptsache dieser schlechten ideologischen Arbeit in den Gewerkschaften ist der Sozialdemokratismus. Es gibt bei uns starke Überreste des Sozialdemokratismus, die auf vielen Gebieten unsere Arbeit hemmen. Natürlich kann der Sozialdemokratismus in den Gewerkschaften der Deutschen Demokratischen Republik nicht in jener offenen Form auftreten wie in Westdeutschland, abgesehen von direkten Agenten, die von den Arbeitern entlarvt und unschädlich gemacht werden müssen.

Das Wesen des Sozialdemokratismus kommt in den Gewerkschaften vor allem zum Ausdruck in der Unfähigkeit, alle Aufgaben vom grundsätzlich-prinzipiellen Standpunkt der Verwirklichung der Ziele der Arbeiterklasse aus zu betrachten.

Die Überreste des Sozialdemokratismus zeigen sich vor allem darin, daß es viele Gewerkschaftsfunktionäre nicht verstehen, ihre Aufgaben vom Standpunkt der allgemeinen Vorwärtsentwicklung, vom Standpunkt unserer grundsätzlichen Ziele und unseres prinzipiellen Weges zu betrachten, daß sie nicht sehen, wohin der Weg gehen muß, daß sie nicht in der Lage sind, die einzelnen Teilfragen unserer Arbeit in Verbindung mit unseren großen allgemeinen Zielen zu bringen.<<

BRD: Konrad Adenauer schreibt am 6. Dezember 1951 an Nahum Goldmann (x095/131-132): >>Sehr geehrter Herr Dr. Goldmann!

Unter Bezugnahme auf die Erklärung, die die Bundesregierung am 27.9.1951 im Bundestag abgab und in der sie sich bereiterklärte, mit Vertretern des jüdischen Volkes und Israels Verhandlungen wegen der Wiedergutmachung der unter dem narzißtischem Regime entstandenen Schäden aufzunehmen, möchte ich Ihnen mitteilen, die Bundesregierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, in dem solche Verhandlungen beginnen sollten.

Ich bitte Sie, in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Conference of Jewish Claims against Germany, sowohl dieser Konferenz als auch der Regierung Israels von dieser Bereitschaft Kenntnis zu geben.

Ich möchte dazu bemerken, daß die Bundesregierung in dem Problem der Wiedergutmachung vor allem auch eine moralische Verpflichtung sieht und es für eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes hält, das Möglichste zu tun, um das an dem jüdischen Volk begangene Unrecht wiedergutzumachen.

Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang die Möglichkeit begrüßen, durch Warenlieferungen zu dem Aufbau des Staates Israel einen Beitrag zu leisten. Die Bundesregierung ist bereit, bei diesen Verhandlung die Ansprüche, die die Regierung des Staates Israel in ihrer Note vom 12.3.51 gestellt hat, zur Grundlage der Besprechungen zu machen. ...<<

07.12.1951

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 7. Dezember 1951 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1951 (x182/218): >>Von den Ausgaben in Höhe von 17,6 Milliarden DM entfallen 38,6 % auf Sozialleistungen und 36,9 % auf Besatzungskosten. ...<<

08.12.1951

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien nehmen am 8. Dezember 1951 diplomatische Beziehungen auf (x006/625).

12.12.1951

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (50/1951) berichtet am 12. Dezember 1951 über den "Schuman-Plan": >>**DIE NEUE RUHRBEHÖRDE**

Der Schumanplan wird von seinen französischen Urhebern und deutschen Anwälten gerne als

der erste Baustein für ein neues Europa ausgegeben. Er werde eine Solidarität der Tat schaffen und den jahrhundertealten Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich auslöschen, sagen sie.

Der Plan trägt den Namen des französischen Außenministers, aber es ist bekannt, daß sein geistiger Vater der französische Planungskommissar Jean Monnet ist, dessen Name schon für einen anderen innerfranzösischen Plan vergeben war. Und dieser "Monnetplan" betrifft den Aufbau und Ausbau der französischen Eisen- und Stahlindustrie. Nach ihm soll die Stahlproduktion Frankreichs bis 1953 auf eine Jahresleistung von 15 Millionen Tonnen gebracht werden, gegen nur 6,2 Millionen Tonnen 1936.

Der gewaltige Ausbau der französischen Stahlkapazität wurde zum Teil aus Marshallplanmitteln, darüber hinaus aus Steuermitteln vollzogen. Dieser aufgeblähten Kapazität steht aber nur ein Inlandsbedarf von höchstens 7 bis 8 Millionen Tonnen gegenüber. Schon der Monnet-Plan rechnete deshalb mit einer Ausfuhr von Stahl, Eisen und Halbzeug nach Deutschland von 3 Millionen Tonnen jährlich.

Andererseits sind die Franzosen für ihre Erzverhüttung auf die Zufuhr von Ruhrkoks angewiesen. Ebenso führt Frankreich in großem Umfange Steinkohlen aus Deutschland ein. Das Interesse der französischen Montanindustrie ist also: möglichst billig Kohle und Koks aus Deutschland einzuführen und andererseits Stahl und Walzwerkerzeugnisse in steigendem Umfange nach Deutschland auszuführen.

Dies sind die wirtschaftlichen Interessen, die Frankreich bewegen haben, im Schumanplan eine Montanunion vorzuschlagen. Der Leiter der französischen Delegation bei den Pariser Verhandlungen war denn auch niemand anders als Herr Monnet selbst. Und Außenminister Robert Schuman hat in einer Rede bei einer Gewerkschaftstagung in Metz selbst erklärt: "In Wahrheit ist dieser Plan die Fortsetzung des Monnetplanes" und, allein "um den französischen Stahlexport zu erleichtern" habe Frankreich "diese Mission übernommen". Diese Rede war allerdings nicht für deutsche Ohren bestimmt!

Wenn Bundeskanzler Adenauer in der ersten Beratung des Bundestages über den Schumanplan am 12. Juli 1951 sagte, die Verwirklichung des Schumanplanes bedeute das Ende des Nationalismus in Europa, so sind zunächst stillschweigend diese nationalwirtschaftlichen Interessen Frankreichs, die dem Schumanplan Pate gestanden haben, übergangen.

Übersehen ist aber auch, daß mit der Preisgabe wesentlicher und berechtigter deutscher Interessen die Gefahr besteht, daß bei solchen Teilunionen in den benachteiligten Wirtschaftskreisen und in ihrer Arbeiterschaft sehr unerwünschte nationalistische oder radikale Reaktionen auftreten können. Und wenn der Herr Bundeskanzler meinte, der politische Zweck sei unendlich viel größer als der wirtschaftliche Zweck, so muß die Frage gestellt werden, welche wirtschaftlichen Opfer gebracht werden und ob gerade diese Opfer erforderlich und in ihrer Bedeutung überhaupt voll erkannt sind.

Im Schumanplan sollen Tatsachen und Fragen internationalen Güteraustausches und internationaler Arbeitsteilung zwischen den westeuropäischen Völkern neu geregelt werden. Diese Handelsbeziehungen wurden bisher von Handelsverträgen mit mäßigen Zollsätzen bestimmt. Das hinderte nicht eine intensive Arbeitsteilung, und einen umfangreichen Güteraustausch. Rohstoffe wie Kohle und Erz gingen immer zollfrei über die Grenzen und niemand hindert Frankreich, Kohle und Koks zollfrei in sein Land zu lassen oder Deutschland, französische Minette-Erze. Nur mäßige Zölle auf Eisen, Halbzeug und Stahl boten einen bescheidenen Schutz des einheimischen Marktes.

Eine völlige Verschmelzung der Wirtschaften verschiedener Länder würde eine Zollunion bedeuten. In ihr gleichen sich bestenfalls die Gewinne und Verluste aus den notwendig werdenden Umstellungen aus. Die Zollunionspläne, die nach dem Kriege in Frankreich gegenüber Italien und kurze Zeit auch für eine Verbindung mit Deutschland erwogen wurden, sind aber

schnell wieder als undurchführbar aufgegeben worden. Bei dem neuen Wege der Teilunionen, wie er erstmals im Entwurf des Schumanplanes beschritten wird, hat Frankreich aber nur Zweige ins Auge gefaßt, in denen die französische Wirtschaft Überkapazitäten aufzuweisen und sich einen Vorsprung verschafft hat.

Nur in einer Zollunion würden die heute so viel berufenen Vorteile eines großen Marktes wirksam werden, die zudem gewaltig überschätzt werden und denen als schwerwiegender Nachteil eine weit stärkere Dynamik des Gesamtsystems mit schweren Krisen, fortgesetzten Umstellungen und Umsiedlungen gegenüberständen.

Sie würde eine völlige Freizügigkeit der Arbeitskräfte voraussetzen. Vielleicht wäre es gut, wenn die naiven Vertreter des Gedankens einer westeuropäischen Staatenverschmelzung einmal statt des sehr andersartigen Gesellschaftsgebildes der Vereinigten Staaten zum Vergleich die alte Donaumonarchie heranziehen würden. Hier hat weder die ökonomische noch die staatliche Einheit eine Gemeinschaft der Völker geschaffen, sondern einen höchst gefährlichen Nationalismus und Nationalitätenkampf, der nicht ruhte, bis der Gesamtstaat zerschlagen war.

Eine westeuropäische Völker- und Staatengemeinschaft ist nur als ein föderatives Gebilde durchführbar. Und ebenso scheint mir die Koordination der zugeordneten Volkswirtschaften nur föderativ denkbar.

Sehen wir uns kurz die überkommene Arbeitsteilung zwischen Deutschland und Frankreich in der Montanwirtschaft an. Es betrug die deutsche Brennstoffausfuhr nach Frankreich im Jahre an Koks an Steinkohle

1928 3,7 Mill. t, 4,5 Mill. t

1937 2,3 " " 8,0 " "

1949 3,24 " " 4,8 " "

Andererseits betrug die französische Erzausfuhr nach Deutschland im Jahre

1928 3,6 Mill. t

1937 5,7 " "

1949 0,12 " "

Die Arbeitsvereinigung von Ruhrkohle und Koks mit lothringischen Minetteerzen hatte sich seit den 1880er Jahren entfaltet, als Lothringen noch zum deutschen Reich gehörte. Die Erze wurden teils in Lothringen, Luxemburg und an der Saar mit Ruhrkoks oder auch dem weniger guten Saarkoks verhüttet, teils aber wurde das Erz zu den Hüttenwerken am Niederrhein gefahren und dort mit Ruhrkoks geschmolzen, der von den nahen Zechen und Kokereien kam. Dieser Zusammenhang wurde auch nach 1918 aufrechterhalten.

Mit den entgegengesetzten Transporten von Kohle und Koks nach Lothringen und von Erzen ins Ruhrgebiet wurde zugleich der Transportraum in beiden Richtungen ausgenutzt. Diese Arbeitsteilung, gesichert durch die Handelsverträge, hatte die Stahlerzeugung in beiden Ländern im Verhältnis zu ihrem Bedarf entwickelt.

Wie die Zahlen zeigen, ist seit dem zweiten Weltkriege die Einfuhr lothringischer Minette-Erze nach dem Ruhrgebiet fast bedeutungslos geworden. Die auf die Erzeugung von Thomasstahl eingestellten Hochofenwerke am Niederrhein verwenden heute Salzgitter-Erze, obwohl die lothringischen Erze günstiger liegen.

Frankreichs Ausfuhr an Minetteerzen ist entsprechend der Steigerung der eigenen Verhüttung zurückgegangen. Von deutscher Seite wird über eine Zurückhaltung des Ausbaus der lothringischen Erzgruben geklagt. Auf die Dauer gesehen wird aber die deutsche Stahlerzeugung in steigendem Maße angewiesen sein auf lothringische Minette-Erze und auf hochwertige Erze aus Nordwestfrankreich, denn in diesen beiden Gebieten liegen die größten europäischen Erzreserven.

Der Schumanplan bietet nun keine Handhabe, den Abbau der lothringischen Erze über den

Bedarf der französischen Hüttenwerke hinaus zu fordern. Aber wahrscheinlich wird der Marktmechanismus des Schumanplanes ohnehin die Verhüttung der Minette-Erze im Ruhrgebiet unrentabel machen. Und ebenso ist es zweifelhaft, ob es nach dem Verbot von Frachtdifferenzierungen wirtschaftlich möglich sein wird, Salzgitter-Erze an den Niederrhein zu fahren. Es besteht die Gefahr, daß die Erzeugung von Thomasstahl im Ruhrgebiet zum Erliegen kommen wird.

Ebenso steht durch das Verbot der Frachtvergünstigungen zu befürchten, daß die Verhüttung von schwedischen, spanischen, nordafrikanischen und später amerikanischen hochwertigen Erzen im Siemens-Martin-Verfahren aus dem Ruhrgebiet abgezogen wird an die großen Hafenplätze wie Rouen, Rotterdam, Ymuiden, wo die Erze direkt vom Seeschiff in die Hochöfen gelangen, während die Kohle und der Koks billig auf dem Rhein herankommt. So droht der Wirtschaft des Ruhrgebietes ein Abbröckeln auch in den weiterverarbeitenden schweren und mittleren Industrien gerade derjenigen Zweige, die für den Export arbeiten.

Aber wie ist es denkbar, daß der Schumanplan, der sich auf dem Papier so elegant und einleuchtend liest, zu solch tiefgreifenden Veränderungen führen kann. Nun, er schlägt dem Staate alle Mittel der wirtschaftspolitischen Beeinflussung und Stützung aus der Hand, die in der öffentlichen Meinung und selbst in den Wirtschaftskreisen durch die billige Agitation der neoliberalen Doktrinäre entwertet sind, die Mittel der handelsvertraglichen Sicherung von Rohstoffbezügen, die geringen Zollsätze, die Schleusen einbauen in das wirtschaftliche Gefälle, und vor allem die Mittel der Tarifpolitik der Staatsbahnen, die nun einmal in hohem Maße den heutigen Standortaufbau bestimmen und die Ungunst der Lage der einzelnen Gebiete ausgleichen.

Die geplante westeuropäische Gemeinschaft stellt sich dar als ein System eines gemeinsamen Marktes unter einer Hohen Behörde, die das Innehalten marktwirtschaftlicher Spielregeln zu gewährleisten hat, und jede Änderung des organisatorischen Aufbaues der Kohlen- und Stahlunternehmen verhindert, die zu Beginn der Union vorliegen. Es handelt sich also um ein neues System der Zwangskonkurrenz. Bezeichnenderweise erscheinen die Verbotsbestimmungen des Artikels 4 als das Kernstück des Vertrages. Danach werden aufgehoben und untersagt:

- a) Einfuhr- und Ausfuhrzölle, sowie mengenmäßige Beschränkung des Warenverkehrs,
- b) Maßnahmen oder Praktiken der Differenzierung der Preis- und Lieferbedingungen und der Beförderungstarife,
- c) von den Staaten bewilligte Subventionen oder Beihilfen,
- d) einschränkende Praktiken, die auf eine Aufteilung oder Ausbeutung der Märkte abzielen.

Nach Artikel 5 hat indes die Hohe Behörde das Recht zu begrenzten Eingriffen. Sie holt Auskünfte ein, sie berät und sie stellt allgemeine Ziele auf. Nach Artikel 46 hat die Hohe Behörde die Marktentwicklung und die Preistendenzen laufend zu verfolgen, Programme aufzustellen für Erzeugung, Verbrauch, Ausfuhr und Einfuhr, die als Hinweise dienen.

Die Hohe Behörde wird nun vorwiegend in Anpassung an die Marktlage handeln. Dafür kennzeichnend sind die Artikel 58 und 59. Nach ihnen kann die Hohe Behörde in einer offensichtlichen Krise Erzeugungsquoten festsetzen, in einer Mangellage Verwendungsprioritäten erlassen. Beide Bestimmungen können sich für die deutsche Stahlindustrie und den deutschen Kohlenbergbau ungünstig auswirken.

In einer Absatzkrise wird die deutsche Produktion Einschränkungen hinnehmen müssen, die auf die übertriebenen Kapazitätsausweitungen in den westlichen Ländern zurückgehen, wenn der inländische Bedarf noch die volle Beschäftigung der einheimischen Produktion erlauben würde. In einer Mangellage wird man auf die Ziffern des künstlich gedrosselten deutschen Bedarfs zurückgreifen.

Artikel 54 gibt der Hohen Behörde ihr wirtschaftlich wichtigstes Mittel in die Hand. Sie kann den Unternehmungen selbst Kredite gewähren und andererseits von den Firmen Auskünfte

einfordern über ihre Ausbauprogramme. Enthalten diese Subventionen, Beihilfen oder diskriminierende Praktiken, so werden die Programme verboten, sofern sie nicht auf der Verwendung eigener Mittel beruhen.

Die Rolle der Hohen Behörde als Kapitalsgeber und Vermittler, wohl vorwiegend amerikanischer Anleihen, gibt ihr eine sehr große Machtstellung. Und damit gewinnen die Stimmverhältnisse in den Organen der Gemeinschaft ihre besondere Bedeutung. Die Hohe Behörde hat neun Mitglieder, nicht mehr als zwei dürfen aus einem Mitgliedstaat stammen. Ihre Mitglieder dürfen weder Anweisungen ihrer Regierungen annehmen noch einholen. Aber ist es nicht eine gefährliche Fiktion anzunehmen, daß sie aufhören werden, die Interessen ihrer Länder zu wahren, aus deren Montanwirtschaft sie als Sachverständige kommen werden?

Die Hohe Behörde beschließt mit Stimmenmehrheit. Neben ihr steht ein "Beratender Ausschuß", der zu gleichen Teilen aus Vertretern der Erzeuger, Händler und Verbraucher und der Arbeitnehmer gebildet wird. Als das Parlament der Union soll eine "Gemeinsame Versammlung" gebildet werden, deren Mitglieder jährlich von den Parlamenten gewählt werden. Neben der Hohen Behörde steht als gleichsam föderatives Organ der "Besondere Ministerrat", in den jeder Mitgliedstaat einen Minister entsendet. In keinem der Gremien erreicht der Anteil der Stimmen Deutschlands ein Viertel. Der deutsche Anteil an der Kohlenförderung der Unionsländer aber beträgt 51 Prozent, an der Stahlerzeugung 38 Prozent.

Rein formal gesehen, scheint es, als ob Frankreich in ähnlicher Weise einen zu schwachen Einfluß in der Gemeinschaft für Kohle und Stahl haben werde. Aber die Interessen werden wohl fast stets so liegen, daß die westlichen Länder die gleichen Wünsche auf die billigste Belieferung mit deutschen Kohlen und Koks haben, während sie als Stahlproduzenten nicht daran interessiert sind, daß Westdeutschland seine frühere Stahlkapazität wieder erreicht.

Artikel 97 setzte nun die Dauer des Vertrages auf fünfzig Jahre fest. Dies bedeutet eine der schwersten Fesseln des Vertrages, zumal die Revisionsklauseln des Artikels 95 völlig unzureichend sind und praktisch bedeuten, daß eine Revision kaum durchführbar ist. Eine Kündigungsklausel ist überhaupt nicht vorgesehen.

Wenn wir in Deutschland diese Bestimmung als unerträgliche Fesselung ansehen, so kann sie doch nur in den Vertragsentwurf gekommen sein, indem andere Delegationen sich von dem Schumanplan einen Löwenanteil versprochen. Die amerikanische, französische und englische Presse hat auch die Hohe Behörde ganz offen als Ersatz für die Ruhrbehörde bezeichnet. Dann aber spricht nicht für die Annahme des Schumanplanes, daß man mit ihr die Herrschaft der Ruhrbehörde los werde, die politisch auf fünfzig Jahre nicht haltbar ist - wenn überhaupt noch heute, in dem Augenblick, in dem der Westen unsere Beteiligung an der Verteidigung wünscht!

Welche politischen Ziele aber wollen Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein mit dem Schumanplan erreichen, die so turmhoch über den Opfern stehen, die uns dieser Plan zumutet. Glauben sie wirklich, daß der Schumanplan der deutsch-französischen Verständigung und Verbrüderung dienen kann, wenn er erst einmal wirksam wird und wenn der deutsche Arbeiter und die deutsche Stahlwirtschaft den Druck dieser Fesseln verspüren werden?

Artikel 69 stellt den Arbeitern der Montanunion die Freizügigkeit in den Ländern der Gemeinschaft in Aussicht.

Was bedeutet das? Es besagt, daß mit Verpflanzungen der Arbeiter von Land zu Land gerechnet wird. Und was man in den Westen abziehen möchte, das sind unsere hochqualifizierten Hochofentechniker, Werkmeister und Facharbeiter. Schon einmal wanderten im Dreißigjährigen Kriege deutsche Hochofenmeister nach England und Schweden aus und brachten dort die Hochofentechnik hin!

Unter dem Druck der öffentlichen Kritik ist nunmehr auch die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik nach den Erklärungen des Bundeskanzlers vom 12. Juli und anscheinend vor

allem der Herr Bundespräsident zur Ratifizierung nur bereit, wenn entsprechend dem Beschluß des Bundesrates vom 27. Juni 1951 verbindliche Zusagen aller beteiligten Mächte darüber vorliegen, daß aufgehoben werden: die Ruhrbehörde, die alliierten Kohle- und Stahlkontrollgruppe, die Eingriffsrechte der alliierten Sicherheitsbehörde in die Kohle- und Stahlwirtschaft und die Beschränkungen der Stahlkapazität und der Stahlproduktion.

Aber selbst wenn diese Bedingungen voll erfüllt werden und damit eine formelle Gleichheit erreicht wird, so bleiben entscheidend wichtige Vorbelastungen materieller Art bestehen, die für die deutsche Wirtschaft während der ganzen Dauer des Paktes erhalten bleiben sollen, und die zum Teil bewußt geschaffen wurden, um Deutschland mit einem schweren Handicap in die Montanunion eintreten zu lassen.

Diese materiellen Ungleichheiten beruhen in den folgenden Punkten:

1. Die deutsche Stahlindustrie und der deutsche Bergbau haben einen sehr großen Nachholbedarf, der durchweg auf einen Betrag von mehreren Milliarden DM geschätzt wird. Die deutsche Montanwirtschaft konnte nur die größten Kriegsschäden ausbessern, sie wurde weiter durch die Demontagen in wichtigen Bezirken aufs schwerste geschwächt. Veraltet sind vor allem die Walzwerke, die Schmieden und die Pressen.

Die Demontagen von Walzwerken und Breitbandstraßen haben in den Aufbau der Stahlverarbeitung schwere Lücken gerissen. Die deutsche Feinblechkapazität ist um die Hälfte gesenkt worden. In diese Lücken suchen die westlichen Konkurrenten mit ihrer forciert ausgeweiteten Kapazität einzuspringen. Diese Kapazitätsausweitungen sind mit großen Subventionen aus Marshallplanmitteln und aus Steuermitteln vollzogen worden. Künftig aber sind alle Subventionen nach dem Schumanplan untersagt. Im Vertragsentwurf hat die deutsche Delegation nicht einmal sichergestellt, daß Entschädigungsleistungen für Demontagen nicht etwa als Subventionen von der Hohen Behörde verboten werden.

2. Durch das Gesetz Nr. 27 zur Dekonzentration und Dekartellisierung der Kohle- und Stahlindustrie Westdeutschlands vom Mai 1950 werden nicht nur die Kartelle sondern auch die Konzerne zerschlagen. Dabei wird eine große Zahl selbständiger Gesellschaften gegründet, die für die Stahlwerke nur eine Kapazität bis zu 1,2 Mill. t zulassen.

Auf einer Arbeitstagung über den Schumanplan mit den Vertretern der westlichen Länder, die Ende Juni in Frankfurt stattfand, aber sagte der Franzose Francois Gérard, die günstigste Betriebsgröße für ein Hüttenwerk liege etwa bei 2,4 Mill. Tonnen Kapazität. Deutlich ist also die Absicht, die deutsche Stahlindustrie unter so ungünstige und ökonomisch widersinnige Bedingungen zu stellen, daß sie unter dem Schumanplan nicht mehr konkurrenzfähig ist, während das System der Zwangskonkurrenz jeden erneuten Zusammenschluß verbietet.

3. Mit der Entflechtung verbunden ist die Auflösung der Verbundwirtschaft zwischen Kohlenzechen und Hüttenwerken an der Ruhr. Unangefochten aber bleibt die Eigentumsverbindung von Erzgrube und Hüttenwerk, die in Lothringen für fast alle Hüttenwerke gilt. Dabei ist die Verbindung von Erzhütte, Kohlenzeche und Kokerei gerade für die Kosten bei der Erzeugung von Siemens-Martin-Stahl von entscheidender Wichtigkeit.

4. Ferner hat die deutsche Regierung unter starkem politischem Druck der Besatzungsmächte in den Pariser Verhandlungen den gemeinsamen deutschen Kohlenverkauf preisgegeben. Westdeutschlands Kohlenbergbau soll also uneingeschränkt dem System der Zwangskonkurrenz unterstellt werden, im Interesse der billigsten Kohlenversorgung der westlichen Schumanplanländer. Freie Konkurrenz ist hier aber untragbar. Sie führt zum Raubbau, zu unwirtschaftlichen Transporten, zum Vorgriff auf die besseren Sorten und schlechthin zu ruinöser Konkurrenz.

Gerade Frankreich hat unbeirrbar an dieser Forderung der Aufhebung des gemeinsamen Kohlenverkaufs festgehalten. Und wohlgermerkt: Frankreich selbst, ebenso wie England und Polen haben für ihren sozialisierten Kohlenbergbau selbstverständlich einen gemeinsamen Kohlen-

verkauf. Gleichzeitig aber soll nun der deutsche Kohlenbergbau mit einer Ausgleichumlage zugunsten der unrentabel arbeitenden belgischen Kohlenzechen belegt werden. Man rechnet mit einer Belastung von 50 bis 80 Millionen DM im ersten Jahre, die später jährlich um ein Fünftel sinken soll.

Als Grundgedanke des Schumanplanes enthüllt sich so in allem die Absicht, daß die westlichen Länder sich die billigsten Bezüge deutscher Kohle und deutschen Kokes sichern, während die deutsche Stahlerzeugung und Walzwerkserzeugung unter den künstlich geschaffenen ungleichen und unfairen Bedingungen niedergehalten werden soll.

So ist es schwer verständlich und eigentlich ein Zeichen mangelnder politischer Reife und sachlich-kritischen Denken, wenn in Deutschland der Schumanplan als Auftakt einer höheren europäischen Gemeinschaft gepriesen und bejaht wird, jeder sachliche Einwand aber in der billigsten Weise als Nationalismus abgetan wird. Auch in einer europäischen Gemeinschaft wird jede Nation ihre berechtigten Interessen zu wahren haben. Wenn die verantwortlichen Männer das nicht tun, werden sie eines Tages dafür die Rechnung erhalten.

Jeder Vertrag bedeutet eine Bindung, aber er setzt voraus, daß er ohne Druck und Zwang zustande kommt und daß er Rechte und Pflichten gerecht und gleichmäßig verteilt. Vor allem aber ein Vertrag, der beansprucht, an Stelle jahrhundertealter Gegensätze und Feindschaften eine echte Gemeinschaft zu begründen. Sie wird nicht begründet, indem man einem Teilhaber vorher Handschellen anlegt.

Mit dem Schumanplan begeben sich die Staaten der Möglichkeit, eine wirksame Politik der Vollbeschäftigung und des gleichmäßigen Ausbaues der Grundstoffindustrien zu betreiben. Artikel 83 läßt zwar die Frage der Eigentumsordnung offen. Sollte aber in den kommenden 50 Jahren eine deutsche Regierung den Kohlenbergbau und die Stahlindustrie sozialisieren, wie es in England geschehen ist, so würden sich Konflikte mit den liberalen Bestimmungen des Vertrages ergeben.

Vielleicht wird es gerade die Wirkung des Schumanplanes sein, diese Entwicklung zu beschleunigen. Und es erscheint als zweifelhaft, ob die jetzige westdeutsche Regierung befugt ist, derart weitgehende Bindungen einzugehen für einen Zeitraum, der die übliche Lebensdauer einer Koalitionsregierung um ein Vielfaches übersteigt.

Noch rechtzeitig für die Ratifizierungsdebatte des Schumanplans in der Pariser Nationalversammlung gab Finanzminister René Mayer die Sonderhilfe der USA an Frankreich bekannt, durch die das vorbereitete französische Sparprogramm überflüssig wird. Sie beträgt 600 Millionen Dollar, zusätzlich zu den 290 Millionen regulärer ECA-Hilfe Frankreichs im laufenden Jahr (gegen 175 Millionen regulärer ECA-Hilfe für Westdeutschland).

Der Schumanplan soll jetzt auch in Bonn, möglichst noch vor Weihnachten, in zweiter und dritter Lesung behandelt werden. In seinem Artikel "Der Schumanplan: Die neue Ruhrbehörde" umreißt Professor Dr. Hans Ritschl, der während des Sommers im Auftrage des Hamburger Senats ein ausführliches Gutachten über die Montanunion ausarbeitete, noch einmal die Bedeutung und die Auswirkungen des Schumanplanes.

Der Autor ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Bundes-Finanzministeriums und wirkt seit 1946 als ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwirtschaft an der Universität Hamburg. Professor Ritschl umreißt die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bedenken, denen auf französischer Seite, wie die Debatte in der französischen Kammer zeigte, parallele Bedenken entsprechen. Unberücksichtigt läßt Prof. Ritschl den rein politischen Aspekt, inwieweit eine Ratifizierung zum Zeitpunkt der UNO-Verhandlungen über Deutschland die immerhin noch zur Debatte stehende Wiedervereinigung Deutschlands erschweren, wenn nicht gar verhindern könnte.<<

20.12.1951

BRD: Das Landgericht Hannover berichtet im Urteil vom 20. Dezember 1951 gegen einen

deutschen KZ-Helfer über die Zustände in einem polnischen Internierungslager (x025/51):

>>... Die Deutschen selbst waren im Lager getrennt nach Männern, Frauen und Kleinkindern, kinderlosen Frauen und Mädchen sowie Knaben im Alter bis etwa 15-16 Jahren untergebracht. Familien wurden rücksichtslos auseinandergerissen. Kamen die betreffenden Angehörigen dennoch insgeheim zusammen und wurden sie dabei von der polnischen Miliz gefaßt, dann gab es dafür entsetzliche Prügelstrafen bzw. die Todesstrafe. Vergewaltigungen der Frauen durch Polen waren an der Tagesordnung. Die meisten Polen waren überdies geschlechtskrank.

An Verpflegung gab es für die Deutschen täglich mittags 1/2 l Wassersuppe, dazu morgens und abends 3 bis 4 alte, meistens faule, anfangs sogar ungekochte Kartoffeln und eine halbe Scheibe Brot. ...

Andererseits spotteten die hygienischen und sanitären Verhältnisse im Lager aller Beschreibung, so daß eine große Läuseplage herrschte. Die Folge dieser Zustände war, daß viele Menschen am Flecktyphus verstarben. Zwar hatten die Polen den deutschen Lagerinsassen Dr. E., der von Beruf Arzt war, zum Lagerarzt gemacht. Jedoch hatten sie ihm keinerlei medizinische Instrumente oder Medikamente zur Verfügung gestellt, ja sie hatten sogar die Medikamente, die Dr. E. anfangs aus Abfallgruben und Trümmerhaufen mühsam zusammengesucht hatte, mit Füßen zertreten. ...

Infolge dieser Zustände allein verstarben schon viele Leute. Andere wieder wurden planmäßig aus wichtigen Anlässen von den Polen erschossen oder erschlagen. Wieder andere dienten den polnischen Partisanen als lebende Zielscheiben und wurden von den Polen gewissermaßen aus Spielerei erschossen.

... Bei diesen Zuständen lag die Sterblichkeitsziffer im Lager sehr hoch. Die untere Grenze war im allgemeinen bei etwa 10 Toten pro Tag, die obere Grenze bei etwa 30 Toten. Es gab allerdings auch Tage, wo die Polen darüber hinaus in ganz besonderer Weise gegen die Deutschen wüteten. Hierzu zählt einmal die erste Nacht, die der Angeklagte im Lager verbrachte. Er war mit einem Schub von etwa 60 bis 70 Leuten ... nach einem anstrengenden Fußmarsch gekommen. In der ersten Nacht veranstalteten die Polen mit diesen halb verhungerten Menschen eine sogenannte "Nachtübung", wobei sie etwa die Hälfte der Menschen – und zwar solche, die nicht schnell "auf-nieder" machen konnten, - erschlugen. ...<<

1951

DDR: Im Jahre 1951 fliehen 165.648 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

BRD: In der Bundesrepublik Deutschland sind im Jahre 1951 noch 66 % aller Deutschen der Meinung, daß die deutschen Ostgebiete noch nicht verloren sind (x020/89).

UdSSR: Gefangene Wehrmachtssoldaten berichten im Jahre 1951 über einen "Pakettag" in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern Swerdlowsk und Schachty (x130/360): >>Bei uns gab es eine Paket-Ausgleichskommission. Kameraden, die viele Pakete erhielten, teilten mit Kameraden, die selten oder nie Pakete empfangen.

Der Gesundheitszustand und vor allem auch die moralische Widerstandskraft wurden durch die Pakete gehoben. Der Pakettag war immer ein Freudentag. ...<<

>>... Dann kamen die Pakete, Die Pakete waren natürlich eine maßlose Beglückung. Sie machten uns ganz schnell unabhängig von der russischen Versorgung. In kurzer Zeit blühten die Männer wieder auf und kamen rein körperlich zu Kräften. ...<<

>>... Wir standen vor der Tür wie die kleinen Kinder, ehe sie in die Stube zum Weihnachtsbaum kommen dürfen.

Endlich war es so weit, ich war dran. Das erste Mal seit neun Jahren wieder etwas von zu Hause, wieder etwas aus Deutschland. ...<<

>>... Die Konservendosen müssen extra abgeholt werden. Die Ausgabe erfolgt völlig unregelmäßig. Die Gefangenen müssen oft eine Stunde und mehr anstehen, um zu einer Büchse zu

kommen. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die Kameradschaft der zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilten deutschen "Kriegsverbrecher" in der Sowjetunion (x130/359): >>Der Zusammenhalt war wesentlich besser als vorher. Biedere Landsturmmänner waren genauso verurteilt wie Offiziere, Aktivisten der Antifa und Spitzel.

Mit einem Schlag hatte das alles Denken beherrschende Warten auf den Tag der Heimkehr ein Ende, mit 25 Jahren Zwangsarbeit schien die Situation klar. Man mußte sich jetzt einrichten so gut es ging, und sehen, wie man am besten über die Runden kam.

Jetzt entstand erst wirklich das Bewußtsein eines gemeinsamen Schicksals, bis dahin hatte man doch mehr oder weniger überlegt, wie man sich dem gemeinsamen Schicksal entziehen könnte. ...<<

Anstatt eines Schlußwortes

Eine kränkende Wahrheit ist mehr wert als eine reizende Schmeichelei.

Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827, schweizerischer Pädagoge)

Beantwortung von offenen Fragen der Geschichte:

1. Wieso wurde die deutsche Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihren Siedlungsgebieten in Ost-Mitteleuropa vertrieben?

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x160/1-2,5-6): >>Die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa 1945-1947 war die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte. Die Einwohnerzahl der Vertreibungsgebiete entsprach mit über 20 Millionen derjenigen der Republiken Finnland, Island und Irland und der Königreiche Norwegen, Schweden und Dänemark zusammengenommen.

Noch nie in der Geschichte wurde eine so große Volksgruppe mit einem Federstrich aus den Geschichtsbüchern und Atlanten getilgt und zu Menschen ohne Menschenrechte gemacht. Man wird vergeblich nach Vergleichbarem suchen. In Zeiten des Neuassyrischen Reiches wurden unter Assurnasripal (883-859 v. Chr.) und Assurbanipal (669-627 v. Chr.) 4,5 Millionen gewaltsam vertrieben. Die nächstgrößeren Gruppen dürften die je 7,5 Millionen indischen und pakistanischen Flüchtlinge der Jahre 1947-1949 sein.

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat in den 50er Jahren die alteingesessene Bevölkerung der deutschen Vertreibungsgebiete außerhalb der Sowjetunion mit 16,5 Millionen ermittelt. In dieser Ziffer nicht enthalten sind außer den 1,5 Millionen Rußlanddeutschen (sie wurden überwiegend von Westen nach Osten vertrieben) noch fast 2,5 Millionen West- und Mitteldeutsche. Insgesamt lebten also bei Kriegsende über 20 Millionen Deutsche in den ostdeutschen und osteuropäischen Vertreibungsgebieten. Davon entfielen etwa 50 % auf Ostdeutschland in seinen Grenzen von 1937, der Rest auf das Sudetenland und die deutschen Sprachinseln zwischen Donau und Wolga.

Flächenmäßig umfaßten die Ostgebiete des Deutschen Reiches ein Viertel des deutschen Staatsgebietes, wenn man die Grenzen von 1937 zugrunde legt, und einen noch größeren Anteil, wenn man Sudetenland, Memelland und die freie Stadt Danzig, kurzum das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet im Osten einbezieht.

Nicht alle Ostdeutschen und nicht alle Volksdeutschen wurden nach West- und Mitteldeutschland vertrieben. Im Jahr 1950 zählte man ca. 830.000 Rußlanddeutsche, die die Verschleppung in den asiatischen Teil der Sowjetunion überlebt hatten, und über 3,3 Millionen Deutsche in den anderen Vertreibungsgebieten, die in ihrer alten Heimat meist unter unwürdigen Umständen wohnen durften bzw. mußten.

In der Bundesrepublik lebten 1950 rd. 8,1 Millionen Vertriebene. Bei der Vertreibung zu Tode gekommen sind zwischen 2,8 und 3 Millionen Menschen. Davon entfallen über 600.000 auf Rußlanddeutsche und 2,2 Millionen auf die alteingesessene Bevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete und der anderen Vertreibungsgebiete. Die Gesamtzahl der Vertreibungstoten entspricht ziemlich genau der seinerzeitigen Einwohnerzahl der Republik Irland. ...<<

>>... So absurd es auch klingen mag, die Vertreibung in den Westen erschien nun fast als Hoffnung, als letzte Chance, wenigstens das nackte Leben zu retten. Zwar sind auf den Vertreibungstransporten noch Tausende an Hunger, Kälte und Erschöpfung gestorben, aber immerhin hatte man eine Chance.

In den Jahren zwischen 1945 und 1947 waren die Vorgänge in den Vertreibungsgebieten überwiegend von Gewalt und Grausamkeit geprägt, und spätestens 1950 war die Vertreibung praktisch abgeschlossen. Aber auch in den folgenden Jahren blieben die daheimgebliebenen

Deutschen de facto und in einigen Ländern sogar de jure diskriminiert – Bürger minderen Rechts. Der Weg in die Bundesrepublik erschien Millionen von Menschen als Lösung bzw. Erlösung. Daß zwischen 1950 und 1987 im Jahresdurchschnitt nur zwischen 15.000 und 50.000 Ostdeutsche (das Jahr 1958 mit über 132.000 bildete die Ausnahme) zu uns kamen, lag ausschließlich an der restriktiven Ausreisepolitik der osteuropäischen Regierungen.

Schnell änderte sich die Lage, als Gorbatschows Reformpolitik zu greifen begann. Mit über 202.000 Aussiedlern erreichte die Statistik schon 1988 einen unerwarteten Anstieg. 1988 kamen 377.000, 1990 über 400.000. Insgesamt kamen zwischen 1950 und 1990 rund 2,4 Millionen Deutsche aus Ostdeutschland und Osteuropa in die Bundesrepublik. 3,2 Millionen wohnen immer noch in den Vertreibungs- und Deportationsgebieten. ...

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Was auf den ersten Blick als "die Vertreibung" erscheint, war in Wirklichkeit ein makabres Panoptikum aus Massaker und Flucht, aus Deportation zur Zwangsarbeit und Internierung in Lagern. Die eigentliche Vertreibung und die sog. Spätaussiedlung waren nur das Finale, die Spitze des Eisbergs. Zudem bestanden gewaltige regionale Unterschiede beim Ablauf des Vertreibungsgeschehens.

Naturgemäß ist es nicht einfach, einen derart vielschichtigen Tatbestand rechtlich einzuordnen. Kein Geringerer als Prof. Felix Ermacora, der UNO-Sonderbeauftragte für Afghanistan, sieht den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der UNO-Resolution vom 9.12.1948 erfüllt. ... Die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte stellt zugleich den größten Verbrechenskomplex der Nachkriegsgeschichte dar.<<

2. Weshalb verhungerten nach dem Zweiten Weltkrieg ungezählte deutsche Kriegsgefangene und Zivilisten?

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über den Hungertod der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in der Nachkriegszeit (x131/169-171,227-228):

>>... Eine der Funktionen der Mythenbildung im 20. Jahrhundert besteht darin, die Führer zu glorifizieren, die Verrat an unseren Ideen üben. Je größer der Verrat, um so größer der Mythos, der darüber errichtet wird.

Der schuldige Hitler war hinter der Großen Lüge verborgen; die ungeheuren Verbrechen der Gulags wurden hinter Stalins sechs Stockwerke hoch gemaltem, lächelndem Porträt versteckt. Die Führer, die 1945 die Ideale der französischen Zivilisation und des amerikanischen Großmuts verrieten, wurden anscheinend von mehreren Mythen geschützt darunter die selbstlosen Kriegsziele der Alliierten, ausgedrückt in der Atlantik-Charta, der weltweite Mangel an Schiffsraum und an Lebensmitteln.

Auf Deutschland angewendet, war dieser Mythos noch viel tiefer. Es gab keinen tödlichen Lebensmittelmangel in der westlichen Welt, abgesehen von Deutschland. Der Mangel in Deutschland wurde zum Teil von den Alliierten selbst verursacht. durch die Beschlagnahmung von Lebensmitteln, durch einen Mangel an Arbeitskräften, der durch die Gefangenen verursacht wurde, und durch die Abschaffung der Exportindustrie.

Obwohl der Mythos dafür dienen sollte, daß die Alliierten die Gefangenen nicht ernähren konnten, wurde die Mehrzahl der Todesfälle in den Lagern nicht durch Hunger verursacht, sondern durch den tödlichen Mangel an mühelos verfügbaren Gütern und Diensten, zum Beispiel an ... Zelten, Wasser, Wachpersonal, an Hilfe durch das Rote Kreuz, an der Verweigerung von Post und anderem. Aber es gab keine Berichte, die den Atlantik überquerten und darüber informierten. Nicht nur die Menge an Lebensmitteln in alliierten Lagerhäusern, sondern auch der erstaunliche Reichtum Nordamerikas, insbesondere der USA, hätte jede Vorstellung von tödlichen Mängeln ad absurdum führen sollen.

Bei Ende des Zweiten Weltkrieges war Kanada, der drittgrößte Produzent der westlichen Welt, trotz seiner geringen Bevölkerungszahl so reich, daß es Großbritannien riesige Geschenke an Lebensmitteln und Geld machen konnte, die sich auf mindestens \$ 3.468.000.000

beliefen, oder sogar auf \$ 6.000.000.000 in der Währung von 1945.

In den USA, 1945 die reichste Nation, die es je in der Welt gegeben hatte, war das Brutto-
sozialprodukt während des Krieges um 50 % gestiegen. Die USA besaßen jetzt mehr als die Hälfte
aller Schiffe der Welt, mehr als die Hälfte der Welt-Produktionskapazität, die größte landwirt-
schaftliche Erzeugung und die größten Goldreserven, \$ 20.000.000.000, nahezu zwei Drittel
der gesamten Weltreserven. Die erstaunliche Grozugigkeit gegenüber Großbritannien er-
reichte die erstaunliche Summe von \$ 25.000.000.000. ...<<

>>... Als der frühere Präsident Herbert Hoover 1946 in Deutschland war, stellte er fest, daß es
unter den US-Offizieren weiterhin viele Gerüchte um die Situation in Deutschland gebe. Laut
einem Hoover vorgelegten Bericht des US-Geheimdienstes " kann man den Zahlen über die
wirtschaftliche Leistung nur zu einem Fünftel glauben, ... der Rest ist gefälscht, um mit den
Spitzenzahlen einen guten Eindruck zu erwecken. Das niedere Personal ist vom Morgenthau-
Plan durchdrungen.

Diese Politik hieß Hungertod, sowohl in den Gefangenenlagern als auch generell in der Zivil-
bevölkerung. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat die vorsichtige Schätzung geau-
ert, daß von den 15 Millionen Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, die nach dem
Krieg aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland, aus Polen, der Tschechoslo-
wakei usw. vertrieben wurden, 2,1 Millionen Zivilisten gestorben seien. Viel mehr noch star-
ben unter den deutschen Zivilisten, die nicht deportiert wurden.

Trotz der weltweiten Lebensmittelknappheit von 1946 ist es klar, daß die alliierte Politik län-
ger als ein Jahr, von Mai 1945 an, die Deutschen wissentlich bei dem Versuch hinderte, sich
Lebensmittel zu beschaffen und zu exportieren, um die Lebensmittelimporte zahlen zu kön-
nen. Auch wurde anfangs keine Hilfe von Wohltatigkeitsverbanden zugelassen.

Die Regierungen Schwedens und der Schweiz versuchten 1945, Lebensmittel nach Deutsch-
land zu schicken. Beiden Regierungen wurde das verboten. Während die Alliierten die ganze
Zeit über fehlende Mittel klagten, lieferten sie selbst den Deutschen Weizen. Jedoch nicht an-
nähernd genug, um den Wert der demontierten Fabriken auszugleichen. Nicht einmal genug,
um viele vor dem Hungertod zu retten. Gerade genug, um eine kommunistische Revolution
abzuwehren. Es ist mit Sicherheit an der Zeit, mit all den Vermutungen und Lügen aufzuhören.
... In der gesamten westlichen Welt sind entsetzliche Greueltaten gegenüber Armeniern,
Ukrainern und Juden bekannt. Nur die Greueltaten gegenüber den Deutschen werden abge-
stritten. Sind die Deutschen in unseren Augen keine Menschen? ...<<

3. Warum ließen die Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg in den deutschen Besatzungszonen systematische Demontagen durchführen?

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die Demontagen in Deutsch-
land (x051/111): >>Demontage, Abbau von Produktionsanlagen zur Befriedigung von Repa-
rationsanspruchen der Siegermächte.

Pläne zur Demontage der deutschen Industrie wurden erstmals auf der 2. Quebec-Konferenz
zwischen Roosevelt und Churchill erörtert (September 44); es kam schließlich zu einem
Kompromiß zwischen der weichen Linie, wie sie US-Außenminister Hull vertrat, und der har-
ten des Morgenthau-Plans. In Jalta (Februar 45) beschlossen die Alliierten die Beseitigung der
Rüstungsindustrie, internationale Kontrolle von Ruhr und Saar und eine umfangreiche Wie-
dergutmachung (20 Milliarden Dollar).

Im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 vereinbarten sie, ihre Forderungen in den jeweiligen
Besatzungszonen einzulösen; wegen des unterschiedlichen Industrieniveaus wurden der
UdSSR zudem 10 % der Demontage in den Westzonen zugebilligt. Ziel der Westmächte war
die Demontage der deutschen Industrie bis zum Niveau von 1932, wofür im Level-of-
Industry-Plan vom 26.3.46 die Demontage von 1.636 Betrieben vorgesehen war.

1947, mit dem offenen Ausbruch des Ost-West-Konflikts, wurden die Westzonen zum poten-

tiellen Alliierten; ein "Revidierter Industrieplan" setzte nun die deutsche Industriekapazität von 1936 an, was immer noch einer Demontage von 682 Betrieben entsprach und gewerkschaftliche Proteste und Demonstrationen auslöste. Die UdSSR suchte die Konstituierung eines westdeutschen Staates zu verhindern und stoppte 1948 die bis dahin rigoros durchgeführte Demontage, um für eine gesamtdeutsche Lösung zu werben, die Lieferungen aus der laufenden Produktion ihrer Zone endeten aber erst 1952.

Am 1.9.48 wurde der Demontagestopp in der US-Zone verfügt; Washington drängte nun die Verbündeten, ebenfalls alle Demontagemaßnahmen einzustellen. Mit dem Petersberger Abkommen vom 22.11.49 erreichte die Bundesregierung die weitgehende Einstellung der Demontage, die aber offiziell erst mit dem Deutschland-Vertrag vom 26.5.52 endete. Ihr waren im Westen etwa 8 % des Wirtschaftspotentials von 1936 zum Opfer gefallen.<<

4. Wieso scheiterte in den Nachkriegsjahren zunächst die Umerziehung der Deutschen?

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über das Umerziehungsprogramm der westlichen Siegermächte (x063/614-615): >>... Auch das Programm der Reeducation, der Umerziehung, war kein Erfolg. Um Erzieher, gar "Umerzieher" zu sein, mußte man vor allem Bildung, Menschenkenntnis und ... Menschenliebe besitzen, und man durfte nicht den Eindruck erwecken, daß ein solches "Umerziehungsprogramm" auch jene moralischen, geistigen und geschichtlichen Werte, die selbst der Nationalsozialismus nicht zerstören konnte, einer blassen "Fortschrittstheorie" wegen nunmehr über Bord zu werfen seien. ...

Die amerikanischen "Wiedererzieher" – viele davon linksradikale ehemalige Deutsche -, (versuchten) das deutsche Erziehungswesen von "klassischen Schlacken" zu reinigen und ganz auf den "Fortschritt" (wie sie ihn sahen) umzustellen. Der Versuch, Geschichte und Geschichtsbewußtsein zurückzudrängen, vielleicht gar auszulöschen, gehörte dazu – etwas, wovon sich das deutsche Erziehungswesen bis heute noch nicht erholt hat.

Es gibt über dieses "Reeducation Programme" detaillierte Anweisungen, die sich damals schon, und erst recht heute, unberührt erwiesen von jeder wirklichen Kenntnis deutscher Jugend und deutscher Erziehung. Hauptziel schien zu sein, die deutsche Jugend davon zu überzeugen, daß der Nazismus, mit seiner Verleugnung ewiger Menschheitsideale, böse war – als ob irgendein Jugendlicher dies 1945/1946 nicht gewußt hätte und als ob nicht gerade unter der Jugend der innere Widerstand gegen den Nazismus am stärksten gewesen wäre! Die Konzentrationslager waren voll von Jugendlichen, denen "bündische Umtriebe", das heißt ein freiheitliches Bestreben vorgeworfen wurde.

In Deutschland dem Lande der Jugendbewegung und der freien Schulgemeinden (Wickersdorf, Odenwaldschule, Schule am Meer, Salem usw.) mit ihrer jahrzehntelangen demokratischen Selbstverwaltung, sollte "das Schulleben so organisiert werden in allen seinen Erscheinungsformen, daß es "Erfahrung im demokratischen Leben vermittele"!

Und das Jugendleben: Auch da müsse das demokratische Prinzip eingeführt und die Jugend zu wirklicher Selbstbestimmung und Verantwortung erzogen werden! Vom Hohen Meißner, von Gustav Wyneken, Walter Flex und all den anderen scheinen die "Wiedererzieher" nie gehört zu haben. ...<<

5. Weshalb wurden die deutschen Vertriebenen von ihren Landsleuten meistens nicht mit "offenen Armen" empfangen?

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die katastrophale Situation der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/464-466): >>... Im Winter 1945 auf 1946 streifte die Not schon die Unerträglichkeit. Als im Laufe des Jahres 1946 die großen Massenvertreibungen aus den Ostgebieten Woche für Woche Zehntausende von Menschen in die Besatzungszonen der Westmächte hineinzwangen, sorgten die Sieger nicht etwa für den Bau von Wohnungen oder ihre Wiederherstel-

lung. Sie teilten noch einmal auf, was die Verlierer des Krieges noch besaßen.

Das Kontrollratsgesetz Nr. 18 setzte den Wohnraum, der jedem Deutschen zustand, auf 4 Quadratmeter fest. Das hieß: eine fünfköpfige Familie mußte mit einem einzigen Zimmer auskommen. Und später im Jahr geschah, was kaum vorstellbar schien: Die Lage verschärfte sich so sehr, daß auch dieses Minimum an Wohnraum, das den Deutschen geblieben war, noch beschnitten wurde. ...

Doch an vielen Orten in den Besatzungszonen der Westmächte war schnell der Punkt erreicht, an dem auch der Einsatz von Soldaten zur Unterbringung von Flüchtlingen nichts mehr fruchtete – einfach deshalb, weil die Wohnungen schon so vollgestopft waren, daß niemand zusätzlich mehr in diese aufgenommen werden konnte. Die Menschen, die ihre Häuser, ihre Wohnungen, ihre Höfe im Osten verlassen mußten, hausten jetzt in Gartenlauben, in Bunkern, in Fabrikhallen, in Kegelbahnen, in Rindvieh- und Schweineställen. In Wirtshäusern wurden Tanzsäle geräumt, Vertriebene schlugen dort ihre Lager auf. Sie gruben Höhlen in Hänge und schachteten Erdbunker aus, die sie mit Ästen und Stroh abdeckten. ...

Hunderttausende auch lebten in Baracken, die zuvor den Reichsarbeitsdienst oder Kriegsgefangene oder auch Fremdarbeiter beherbergt hatten. In diesen Baracken verfügten die Menschen oft nicht einmal über jene vier Quadratmeter Raum, die jedem Deutschen von den Alliierten zugestimmt worden waren. Sie schliefen auf Stroh in doppelstöckigen Pritschen, die aus rohen Brettern zusammengezimmert waren.

Diese Pritschen waren einen Meter breit und nicht einmal zwei Meter lang – dies war der private Winkel, der ihnen zustand. Sie setzten sich auf die Kanten ihrer Betten, um ihre kärgliche Mahlzeit aus blechernem Geschirr zu löffeln. Und alles, was sie taten, geschah unter den Blicken vieler anderer, fremder Menschen. Was sie sagten, hörten Ohren, für die das Gesagte nicht bestimmt war, und sie wurden Zeugen von Gespräch und Streit, obwohl sie es nicht wollten. Kinder lernten flüstern und verlernten das Spielen.

Schließlich spannten die Menschen in den Baracken Wäscheleinen, Draht- oder Bindfäden von Wand zu Wand, hängten Decken darüber, schufen auf diese Weise Sichtblenden, die sie den Blicken der anderen entzogen, und stellten so auf 5 oder 6 Quadratmetern so etwas wie privaten Raum für die ganze Familie her.

An den primitiven rußgeschwärzten Herden, deren Abzugsrohre durch die Fenster geführt wurden, aber trafen sie sich wieder – 4 oder 5 Familien, oft auch noch mehr Familien, mußten sich die Kochgelegenheit teilen. Es blieb nicht aus, daß sie sich gegenseitig in die Töpfe guckten – Quelle von Neid und Hader, wenn in einer der Suppen manchmal eine Handvoll Bohnen mehr als üblich oder gar ein Stück Speck schwamm. ...<<

6. Warum wurden die Nachkriegsjahre 1945 bis 1948 auch die "Schwarzmarktzeit" genannt?

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtete später über die "Schwarzmarktzeit" (x118/8-9,12-13): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg beherrschte das Schimpfwort vom "Kriegsgewinnler" die Diskussion, während des Zweiten Weltkrieges trugen Kohlenklau, Verräter und feindliche Agenten die Schuld an dem, was den Deutschen zustieß, und nach 1945 war es eben der Schieber. Arbeiterdemonstrationen befaßten sich ausgiebig mit dem Schieberunwesen. "Die Schieber an den Galgen!" Solche Sätze wurden auf Transparenten durch die Trümmerstraßen getragen, und sie waren ernst gemeint.

Ich zweifle nicht daran, daß die Mehrheit der Bevölkerung bereit gewesen wäre, Großschieber zur exemplarischen Abschreckung in mittelalterlicher Weise auf den Marktplätzen der Städte zu hängen. Diese Haltung war um so bemerkenswerter, als sich die meisten Menschen selber an den Schwarzmarktgeschäften beteiligten.

Wer auf dem Lande lebte, freute sich, ein paar überzählige Kartoffeln gegen einen Kochtopf eintauschen zu können. Und die Städter trugen hinaus, was sie entbehren konnten. Wer sich

von diesem Kreislauf der schwarzen Marktes fernhielt, tat es nicht aus Überzeugung, sondern weil ihm Tauschbares fehlte oder er den Strapazen und Risiken dieser verbotenen Geschäfte nicht gewachsen war.

Wir waren alle kleine Schieber, aber der Haß auf die großen Schieber, die wir uns wohlgenährt in Luxusvillen wie im Frieden lebend vorstellten, war ungeheuer. ... Die Strafen waren hart, sie standen denen des Dritten Reiches kaum nach. Schwarzschlachten, Schnapsbrennen oder Milchpanschen brachte die Schuldigen für viele Jahre ins Zuchthaus. ...

Heute ist es angebracht, auch ein gutes Wort für den Schieber einzulegen. Nicht er hatte den Mangel verschuldet. Auch ohne das Schieberunwesen hätte das, was in den Nachkriegsjahren an Lebensmitteln, Kleidung und Brennstoffen vorhanden war, nicht ausgereicht, um den Überlebenden des Krieges ein menschenwürdiges Dasein zu gestatten. Das wußten auch die Behörden und Alliierten. Sicherlich haben die Schwarzmarktgeschäfte die Lage in einigen Bereichen verschlimmert, aber nicht wenige verdanken dem Schieberunwesen ihr Überleben. Nur der Schwarzmarkt brachte es fertig, die letzte überzählige Mohrrübe der menschlichen Ernährung zuzuführen. Wie hätten sonst die 10 Pfund Kartoffeln, die in dem Keller eines Landarbeiters übrig waren, in die hungernde Großstadt kommen sollen, wenn nicht durch die Kanäle des schwarzen Marktes?

Der Schwarzmarkthandel war die lebensnotwendige Ergänzung der offiziellen Planwirtschaft. Nur er konnte die letzten Reserven mobilisieren; er war normaler, als die ins Groteske übersteigerte Planwirtschaft. Der schwarze Markt kann als Vorgriff auf die später folgende Marktwirtschaft angesehen werden; nur fehlte ihm die soziale Komponente. Sein Mangel war, daß er auf Arme und Kranke keine Rücksicht nahm, sondern nur denen gab, die eine Gegenleistung zu bieten hatten. ...<<

>>... Für viele ist die Schwarzmarktzeit mit einem Schleier der Verklärung umgeben. Das hängt mit den psychologischen Ausnahmezustand von damals zusammen. Die schlechte Zeit entschuldigte alles.

Wenn ein Akademiker beim Bauern Mist auflud, sah das zwar komisch aus, galt aber nicht als menschliche Degradierung, weil überall die Ausnahme zur Regel geworden war.

Arbeitslosigkeit, abgebrochene Ausbildung, Sitzenbleiben in der Schule, Armut, Geschäftspleiten, zerrüttete Ehen und uneheliche Besatzungsinder ... alles war entschuldbar mit Krieg- und Nachkriegswirren.

Ach, sie waren so tröstlich, die wunderbaren Ausreden, die das Innenleben erleichterten und jeden Anspruchsdruck milderten. Der Satz "Die Zeiten sind eben schlecht" war ebenso Medizin für die Seele wie in den Jahren davor die Bemerkung: "Es ist eben Krieg."

Heute fehlt uns dieses Ventil. Das Unbehagen an unserer Gesellschaft hängt auch mit der Suche nach einem Ersatz für die herrlichen Ausreden zusammen, die damals so wohlfeil zu haben waren. Nun muß der "böse Staat" oder das "ungerechte Gesellschaftssystem" die Funktionen erfüllen, die damals die "schlechten Zeiten" hatten.

Noch aus anderen Gründen sind die psychologischen Gründe jener Zeit bemerkenswert. Wer das Elend überstand, entwickelte ein Gefühl des Stolzes. In den Berichten über die schrecklichen Zustände der vierziger Jahre schwingt unausgesprochen stets der Hinweis mit: So stark waren wir, daß wir das durchgestanden haben!

Aber es ist kein Verdienst, durch das Elend gegangen zu sein, und es ist keine Schuld, diese Prägung nicht erfahren zu haben. Zum geistigen Hochmut, zum Herabschauen auf jene "verweichlichten" Menschen, die in diese Schule nicht gegangen sind, besteht kein Anlaß.

Bis ins nächste Jahrtausend hinein werden wir mit Menschen zusammenleben, die von Krieg und Nachkriegszeit geprägt worden sind, die noch immer alles aufbewahren müssen und nichts wegwerfen können. Wer von diesen Erfahrungen verschont geblieben ist, sollte es sich versagen, über die Schrullen der Alten zu lächeln.

Noch ist nicht entschieden, ob unsere Überflußgesellschaft oder die Elendszeit näher am Normalen oder Dauernenden liegt. Betrachten wir die Geschichte auf die Länge, spricht einiges dafür, daß der gegenwärtige Wohlstand ein Zwischenspiel ist, das nur auf einem Teil der Weltbühne aufgeführt wird. Vielleicht sind eines Tages wieder Menschen gefragt, die aus Viehfutter Suppe kochen können und die wissen, an welchen Stellen im Wald die wilden Beeren wachsen.

Eines hat die Schwarzmarktzeit sicherlich bewirkt, sie hat dem folgenden Wirtschaftswunder den richtigen Glanz verliehen. Weil sich das Elend im Nachkriegsdeutschland so fest eingemischt hatte, entstand später die überschwengliche Aufbruchstimmung für die Reise in das gelobte Land des Wohlstandes. ...

Weiß Gott, eines hatten uns die Bewohner des elenden Restdeutschlands nach 1945 voraus, sie besaßen eine Zukunftsperspektive. Für sie konnte es nur noch besser werden, und es lohnte sich zu überleben, um auf diese Zukunft zu warten.<<

7. Wieso förderte der Marshall-Plan ab 1947 die europäische Wirtschaftsentwicklung?

US-Außenminister George C. Marshall (1880-1959) stellte am 5. Juni 1947 in der Harvard-Universität das nordamerikanische Hilfsprogramm "ERP" (European Recovery Programm) für Westeuropa vor (x058/379): >>Die Wahrheit ... ist, daß Europas Bedarf an Lebensmitteln und anderen lebenswichtigen Produkten aus dem Ausland - vor allem aus Amerika - in den nächsten 3 oder 4 Jahren so viel größer ist als seine augenblickliche Zahlungsfähigkeit, daß es substantielle, zusätzliche Hilfe braucht oder sich einer sehr ernsten wirtschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Krise gegenüber sieht. ...

Es ist logisch, daß die Vereinigten Staaten alles tun sollten, was in ihren Kräften steht, und die Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Gesundheit in der Welt zu unterstützen, ohne die es keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben kann.

Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder eine Ideologie, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos.

Ihr Ziel soll die Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft sein, um die Rückkehr politischer und sozialer Bedingungen zu erlauben, unter denen freie Institutionen existieren können. Ich bin überzeugt, daß solche Hilfe nicht stückweise erfolgen kann, je nach Verlauf verschiedener Krisen. Jede Hilfe, die unsere Regierung in der Zukunft gewähren mag, sollte mehr eine Heilungskur als ein Linderungsmittel darstellen.

Jede Regierung, die die Aufgabe des Wiederaufbaus bereitwillig unterstützt, wird die Regierung der Vereinigten Staaten zur Zusammenarbeit bereit finden.

Keine Regierung kann Hilfe von uns erwarten, die durch Manöver den Wiederaufbau anderer Länder zu blockieren versucht. ...<<

8. Weshalb wurde die sog. "Währungsreform" des Jahres 1948 besonders von den "kleinen Sparern" heftig kritisiert?

Der deutsche Journalist Kurt Pritzkolet (1904-1965) berichtete später über die Folgen der westdeutschen Währungsreform (x156/42): >>... Natürlich war die Behandlung der kleinen Leute, die die Masse der Geldsparer stellten – ob sie nun ihre Reichsmark im Strickstrumpf verborgen oder sie bei Banken, Sparkassen oder Genossenschaften angelegt hatten -, so ungerecht wie nur möglich.

Sie hatten eine harte Währungsreform gemacht, um die alte Ordnung der Dinge, die freie Marktwirtschaft, die der Vorstellungswelt der westlichen Welt entsprechende kapitalistische Wirtschaft wiederherzustellen. Deshalb waren die Sachwertbesitzer, die Produzenten industrieller und landwirtschaftlicher Güter im Besitz ihres Sachkapitals geblieben – der Lastenausgleich sollte Sache der Deutschen bleiben -, der ganzen Fülle der produktiven Besitztümer, die durch Kriegs- und Kriegsfolgeschäden viel weniger gelitten hatten, als man damals noch ahnte; sie würden es bald erleben, daß der Wert ihrer Fabriken und Horte wesentlich anstieg;

sie waren von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit wurden – und das alles, weil sie als die Garanten der Zukunft galten.

Erst später würde man übersehen können, mit welchen Gewinnen die Herren und Hüter der Sachwertwelt aus der Währungsreform hervorgegangen waren, und gleichzeitig feststellen, daß die Sparer, die es einfach nicht lassen können, aufs neue begonnen hatten, Groschen für Groschen auf die hohe Kante zu legen.

Das war genau der gewollte Effekt der alliierten Maßnahmen: harte Reform für die Sparer, Erleichterung jeder Art für die Produzenten.<<

9. Warum erfolgte die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ohne direkte Beteiligung des deutschen Volkes?

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über die Verkündung des Grundgesetzes und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland sowie die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x287/193): >>Das "vorläufige" Grundgesetz des westdeutschen Teilstaates wurde ohne direktes Mandat des deutschen Volkes im Auftrag der westlichen Besatzungsmächte erarbeitet und am 23. Mai 1949 im Sitzungssaal des Parlamentarischen Rates in Bonn in einem feierlichen Staatsakt verkündet. ...

Der erstmals gebrauchte Staatsname im Titel soll auf die gesamtdeutsche Verpflichtung hinweisen. Unter Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Weimarer Verfassung und dem Nationalsozialismus entstand der rechts- und sozialstaatliche sowie das föderalistische und demokratische Prinzip. Der Grundrechtskatalog knüpft an die Vorarbeit der Paulskirchenverfassung von 1849 an. ...

Die staatliche Organisation des zweiten deutschen Teilstaates beginnt bereits im Dezember 1947 mit dem Deutschen Volkskongreß, der aus gewählten Delegierten vor allem aus der SBZ, aber auch den Westzonen bestand.

Am 7. Oktober 1949 trat die erste der Serienverfassungen der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. ...<<

10. Wieso brach im Jahre 1950 der dreijährige Koreakrieg aus?

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Koreakrieg (x068/288-290): >>Korea, seit langem ein bevorzugtes Objekt amerikanischer Außenpolitik, war durch die vernichtende Niederlage Chinas im Krieg gegen Japan 1895 "unabhängig", nach Japans neuerlichem Sieg 1905 auch über Rußland vier Jahrzehnte vom Sieger besetzt, schließlich 1945 durch die Konferenz von Potsdam abermals "unabhängig" geworden. Im August und September okkupierte die Sowjetunion den Norden, die USA den Süden des Landes.

Die rußlandfeindliche US-Politik führte aber auch hier zum Zerwürfnis. 1948 bricht das Land in zwei feindliche Teilstaaten diesseits und jenseits des 38. Breitengrades auseinander, im Süden am 15. August 1948 in die Republik von Korea, im Norden am 9. September in die Demokratische Volksrepublik Korea. Es kommt, durch beide Seiten, zumal aber durch das diktatorische Regime Südkoreas unter Syngman Rhee, zu ständigen Grenzprovokationen, und nach fortgesetzten militärischen Konflikten an der Demarkationslinie fallen am 25. Juni 1950 nordkoreanische Truppen in Südkorea ein und überrennen es weithin in zwei Monaten.

Präsident Truman reagiert rasch. Schon am 27. Juni 1950 befiehlt er den Einsatz von See- und Luftstreitkräften, am 30. Juni den Einsatz auch von Bodentruppen. Ein kleines, mehr symbolisches Kontingent der Vereinten Nationen unterstellt sich kurz darauf dem US-Oberbefehlshaber General Douglas MacArthur. Gleichwohl bestreitet Truman, daß die USA im Kriegszustand seien, und erklärt, es handle sich um eine Polizeioperation im Auftrag der UNO. Und am 30. November droht er mit dem Einsatz der Atombombe; schließlich hatte er als einziger Staatsmann der Welt praktische Erfahrung damit.

Mindestens zweimal erwog damals der Präsident, nach seinem eigenen Tagebuch, einen

Atomkrieg gegen Sowjetrußland und Rot-China. Man müsse, notierte er, ein auf 10 Tage befristetes Ultimatum stellen und bei Ablehnung "sämtliche Häfen und Städte ausradieren".

"Dies bedeutet umfassenden Krieg. Es bedeutet, daß Moskau, St. Petersburg, Mukden, Wladiwostok, Shanghai, Port Arthur, Dairen, Odessa, Stalingrad und jede Produktionsstätte in China und in der Sowjetunion vernichtet werden müsse". Und zu den Waffenstillstandsverhandlungen in Korea schrieb Truman am 18. März 1952 ins Tagebuch: "Ihr akzeptiert entweder unsere fairen Vorschläge, oder ihr werdet vollständig zerstört".

Inzwischen wogte die Polizeioperation (u.a. mit 424.000 Marineinfanteristen) auf der einen, der Krieg auf der anderen Seite furchtbar hin und her. Die Nordkoreaner sollen schauerliche Massaker verbrochen, die USA Bakterien eingesetzt haben. Bei einer Gegenoffensive überschreitet MacArthur - unter Mißachtung der bisher gewährten Containment-Politik - den 38. Breitengrad, erobert fast ganz Nordkorea und dringt im Oktober/November bis zum Yalu an der Grenze von China vor.

Der amerikanische Oberbefehlshaber glaubt sogar, den Fluß ohne wesentlichen Widerstand überschreiten zu können, wird aber im Januar 1951, unter Beteiligung von Hunderttausenden mehr oder weniger freiwilliger Rotchinesen, in einen überaus verlustreichen, teilweise in jämmerliche Flucht ausartenden Winterkrieg verwickelt und bis auf den 38. Breitengrad zurückgeworfen.

Der ehrgeizige General schlägt Truman nun eine Verschärfung und Ausweitung des Kampfes vor. Der Präsident, der doch keine Neigung hat, die "Polizeiaktion" zu einem Dritten Weltkrieg eskalieren zu lassen, widerstrebt. Der General, nicht unbekannt durch seine Renitenz, versteift sich, geht in die Öffentlichkeit, und Truman enthebt ihn am 11. April 1951 seines Postens.

Dies ruft in den USA, besonders im Asia First-Kreis, eine derartige Erregung hervor, daß man davon spricht, Truman vor ein Gericht zu stellen und MacArthur zum Präsidenten zu machen. 78.000 Telegramme sollen ins Weiße Haus geflattert sein, angeblich 20 zu 1 für MacArthur. Doch nach einiger Zeit klugen Abwartens kümmert man sich kaum noch um ihn.

In Südkorea treibt indes Präsident Syngman Rhee weiter zu einem totalen Krieg. Auch er möchte die Chinesen nebst Anhang wieder über den Yalu zurückgeworfen sehen, notfalls durch den Einsatz von Atomwaffen.

Das amerikanische Volk aber hatte den Koreakrieg bald satt, mutete er doch fast wie ein Rückfall in die Zeit des Kolonialismus an. Nahezu zehntausend Meilen war das Schlachtfeld entfernt. Das Transportwesen hatte sich als unzulänglich erwiesen. Die amerikanischen Jagdflugzeuge waren der russischen MIG-15 nicht gewachsen. Keine einzige dieser Maschinen wurde abgeschossen, vielmehr bekannten US-Piloten öffentlich, es sei Selbstmord, den Kampf damit aufzunehmen. (100.000 Dollar Belohnung winkten jedem Koreaner, der eine MIG 15 "hinter den amerikanischen Linien landete".) Die Panzer made in USA freilich operierten zunächst gut - aber nur solange es nicht regnete. Dann versanken sie.

Die USA konnten den Koreakrieg nicht, wie üblich, mit der Kapitulation oder der völligen Niederlage des Feindes beenden. Nach einer Feuerpause begannen im Juli 1951 langwierige Friedensverhandlungen, die endlich am 27. Juli 1953 in Panmunjom zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsvertrags führten, der den Frontverlauf als Defacto-Staatsgrenze bestätigte.

...<<

Wenn wir bedenken, daß wir alle verrückt sind, ist das Leben erklärt.

Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)